

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Träum weiter!

Schwerpunkt Neoliberalismus

Coverstory:
Geplatze Blase

Neoliberale Rezepte sind weiterhin beliebt, dabei sind sie in der Realität gefloppt **6**

Interview:
Schnittmengen

Ein Neoliberaler und ein Linker gehen dem Neoliberalismus auf den Grund **18**

Reportage:
Wiens Wasserfabrik

Auf den rauschenden Spuren einer staatlichen Erfolgsgeschichte **26**



6

Coverstory

Neoliberalismus als Idee wird wie eine heiße Kartoffel behandelt. Doch in der Realität hat er tiefe Spuren hinterlassen.



18

Interview

Markus Marterbauer (AK Wien) und Franz Schellhorn (Agenda Austria) begaben sich auf die Suche nach Schnittmengen. Der Teufel steckt im Detail.

Schwerpunkt

Gescheiterte EU-Krisenpolitik

Die neoliberale Ausrichtung der Krisenpolitik führte zu einer Verschärfung der Krise.

10

Lasst die Hummeln fliegen!

Unternehmer jammern über den Standort, dabei sehen die internationalen Statistiken Österreich an der Spitze.

12

Sozialstaat bringt Leistung

Der Sozialstaat ist nicht nur finanzierbar, er sorgt auch für Fortschritt und macht die Wirtschaft krisenfest.

14

Von wegen Vereinbarkeit ...

Kinder und Karriere bleiben ein Drahtseilakt. Und das stört auch immer mehr Männer.

16

Der Mythos der Unabhängigkeit

Der Einfluss neoliberaler Thinktanks ist groß, wie die Debatte über die Pensionen zeigt.

22

Jährlich grüßt das Managertier

Fragwürdige Auswahl der Daten und Interviews mit ManagerInnen: Wettbewerbsrankings sind mit Vorsicht zu genießen.

32

Im Interesse von Konzernen

Die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen zielen auf die Durchsetzung von Konzern- und InvestorInneninteressen.

34

Gefährliche Gleichmacherei

Alle sollen so wirtschaften wie der Exportweltmeister Deutschland: Diese Forderung ist ökonomisch unsinnig.

36

Mindestlöhne lohnen sich

Höhere Mindestlöhne haben deutlich positive Effekte auf niedrige Einkommen und Jobdauer.

38

Mit Dogmen gegen Fortschritt

Arbeitszeitverkürzung oder Wertschöpfungsabgabe lassen sich auch neoliberal begründen. Ein Kommentar.

40

Reportage

Eine rauschende Reise entlang der I. Wiener Hochquellenleitung und zugleich entlang der Erfolgsgeschichte einer öffentlich-rechtlichen Dienstleistung.

Standards

Historie:	
Keine selbstkorrigierenden Kräfte	4
Standpunkt:	
Mehr Realität statt Mystik	5
Zahlen, Daten, Fakten	24
Nicht zuletzt – von Werner Muhm	43
Frisch gebloggt	44
Aus AK und Gewerkschaften	45
Man kann nicht alles wissen	46
Erklärungen aller grün markierten Worte.	

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 662 32 96-0

E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler,
Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj,
Elisabeth Glantschnig, Angelika Gruber, Richard Halwax,
Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris
Krassnitzer, Sylvia Kuba, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Martin Müller,
Klaus Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Charlotte
Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef Thoman,
Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic,
Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Michael Mazohl (Artdirektion)
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Romana Brait,
Adi Buxbaum, Astrid Fadler, Georg Feigl,
Markus Marterbauer, Max Mayerhofer, Michael Mazohl,
Werner Muhm, Brigitte Pellar, Angela Pfister,
Stephan Pühringer, Miriam Rehm, Irene Steindl,
Christine Stelzer-Orthofer, Iris Strutzmann,
Sepp Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer,
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und
Österreichischer Gewerkschaftsbund,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw.,
Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.,
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes
Jahresabonnement € 10,-
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Keine selbstkorrigierenden Kräfte

1959 warnte der Wirtschaftswissenschaftler und Arbeiterkammer-Experte Eduard März vor der Möglichkeit eines neuen Turbokapitalismus.

Eduard März von der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien veröffentlichte 1959 eine Aufsatzsammlung zu den damals aktuellen Positionen der Wirtschaftswissenschaften und deren politischer Konsequenz – die Artikel waren zuerst zwischen 1956 und 1958 in der Arbeit&Wirtschaft erschienen. März arbeitete dabei auch heraus, welchen Bruch die Analysen von **John Maynard Keynes** mit den traditionellen Positionen der wissenschaftlichen „Orthodoxie“ bedeuteten, und zeigte die negativen Konsequenzen des Glaubens an die Selbstregulierungskräfte des Marktes auf, wie sie in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre deutlich sichtbar geworden waren.

Zu Beginn der großen Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre standen noch die meisten zünftigen Nationalökonominnen – insbesondere in der anglosächsischen Welt – unter dem Eindruck einer ... „passiven“ wirtschaftspolitischen Philosophie. ... Einer solchen Auffassung entsprach auch die Haltung der meisten konservativen Regierungen ..., die jede aktive Maßnahme zur Behebung der Arbeitslosigkeit ablehnten, mit der Begründung, dass dies die regenerativen Kräfte unterbinden müsste. Aber als die Krise unvermindert fort dauerte, begann man sich ... mit (den) großen Fragenkomplexen zu beschäftigen, für die die Ereignisse damals so großes Anschauungsmaterial lieferten. ... Die keynessche Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führte ... zu dem Schluss, dass das bestehende System keine wirklich wirk-samen selbstkorrigierenden Kräfte be-

sitze, von denen die gleichsam automatische Erhaltung des Gleichgewichtszustandes auf einem Niveau der Vollbeschäftigung erwartet werden dürfe. ...

Keynes hat ... dem Fatalismus, mit dem die westliche Welt dem Wüten der Wirtschaftskrisen zu begegnen pflegte, einen tödlichen Schlag versetzt. Nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung“ 1936 war die bis dahin geltende Auffassung von der wirtschaftspolitischen Abstinenz des Staates nicht mehr hoffähig. ... (Dabei ist der) Grundsatz ausgesprochen, dass der Schwerpunkt der staatlichen Beschäftigungspolitik nicht auf dem Gebiet der öffentlichen Kredit- und Geldpolitik zu suchen sei, sondern in das Gebiet einer zielbewussten Budget- und Steuerpolitik verlegt werden müsse.

Eduard März schrieb seine Aufsätze, als das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit sich gerade erst zu regen begann und der Sozialstaat in Mode war. Die neoliberale Entwicklung ab den 1980er-Jahren mit ihrem Ziel, den Staat den Marktinteressen unterzuordnen, konnte er nicht voraussehen. Aber er erkannte schon ohne jeden Zweifel, dass die Reichen und Mächtigen den Eingriff des Staates in den Markt nur zähneknirschend dulden würden, und er forderte Wachsamkeit.

Die Bourgeoisie findet sich mit dem Keynesianismus in einer Stimmung der Resignation ab. ... (H)üten wir uns davor, die gewaltige Kraft der amerikani-



Eduard März musste 1938 vor dem NS-Terror fliehen. Er studierte in den USA, wo er auch für die Propaganda gegen Hitler-Deutschland arbeitete. 1953 kehrte er nach Wien zurück und leitete 1957 bis 1973 die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien.

schen, englischen und deutschen Kapitalistenklasse zu unterschätzen, die keineswegs gesonnen ist, ihre sozialen Privilegien auf dem Altar der reinen Demokratie kampfflos hinzugeben.

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Mehr Realität statt Mystik

Standpunkt



Sonja Fercher

Chefin vom Dienst
Arbeit&Wirtschaft

Der Markt sei dem Staat überlegen, entsprechend komme dem Staat nur die Aufgabe zu, alle Beschränkungen beim Zugang zum Markt zu beseitigen sowie wirtschaftliche Freiheiten und Privateigentum zu schützen. So weit die (neo-)liberale Theorie, in der noch dazu eine unsichtbare Hand und Selbstheilungskräfte den Markt zu einer Art Wunderwuzzi machen. Doch wirft man einen Blick auf die Realität neoliberaler Politik, so zeigt sich, dass es mit all diesen hehren Vorstellungen nicht weit her. Und doch scheint sich der Glaube an die Weisheit des Marktes bis heute zu halten. Nicht anders jedenfalls ist es zu verstehen, warum die europäische Krisenbewältigungspolitik weiterhin auf neoliberale Rezepte setzt.

Zu viele Ausflüchte

Dazu kommt ein anderes Phänomen: Weil man dem Staat misstraute, wollten ihm viele neoliberale Theoretiker Ketten anlegen. Der deutsche Politologe Thomas Biebricher vergleicht dies mit dem Mythos von Odysseus, der sich an einen Mast anbinden ließ, um dem Gesang der Sirenen nicht zu erliegen.

Der Vergleich zu Schuldenbremsen und allerlei anderen wirtschaftspolitischen Beschlüssen auf europäischer Ebene ist frappierend. Mindestens so frappierend ist, dass Neoliberale zwar

jeglichen Fehler des Staates als weiteren Beleg dafür werten, dass dieser unbedingt seine Finger von der Wirtschaft lassen solle. Für das Marktversagen hingegen finden sie jede Menge Ausflüchte, während der Glaube an die angebliche Weisheit des Marktes ungebrochen bleibt.

Dabei hat eindeutig nicht der Staat die Krise ausgelöst, sondern vielmehr die Finanzmärkte. Diese sind völlig aus dem Ruder geraten, nachdem sie von Neoliberalen zuvor fleißig liberalisiert worden sind. Schlimmer noch, auf einmal erfüllte der Staat doch wieder eine Funktion: jene nämlich, die Verluste der zügellosen Privaten aufzufangen. In Wahrheit ist es noch perfider: Indem man etwa private Pensionsvorsorge förderte, waren von der Krise nicht nur die SpekulantInnen bedroht, sondern mussten auch einfache ArbeitnehmerInnen um ihre Lebensgrundlage im Alter bangen.

Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung sowie die weitere Stärkung des Kapitals durch die Beschneidung von ArbeitnehmerInnenrechten: Wir haben erst vergangenen Sommer ausführlich über die negativen Konsequenzen dieser Maßnahmen in den europäischen Krisenländern geschrieben. Zwar gibt es in Europa inzwischen schüchterne Bemühungen in andere Richtungen. Der dringend nötige Kurswechsel aber lässt weiter auf sich warten. Stattdessen

erleben allerlei neoliberale Mythen Hochkonjunktur. Die Realität aber ist: Die neoliberale Krisenpolitik ist gescheitert, der österreichische Wirtschaftsstandort und Sozialstaat sind gut aufgestellt und auch Maßnahmen im Interesse der ArbeitnehmerInnen wie Mindestlöhne haben positive Effekte. Wir stellen in diesem Heft die Fakten den Mythen entgegen.

Heute stellt der IWF das Mantra infrage, neoliberale Reformen würden mehr Wachstum bringen. Was sie stattdessen brachten, sind massive Ungleichheiten, die wiederum das Wachstum bremsen, wie der IWF festhält. Nicht nur das: Sie sind vor allem schlecht für die Menschen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes, wie der neuerliche Aufschwung des Rechtspopulismus deutlich zeigt.

Es müssen endlich Taten folgen

„Die Zeit“ verwies kürzlich auf die Erklärung der G20, die forderte, dass die Vorteile des Wirtschaftswachstums „breiter verteilt werden“ müssten. Die deutsche Wochenzeitung führte diesen Kurswechsel auf die Angst vor dem Erstarken von RechtspopulistInnen zurück. Bleibt zu hoffen, dass man sich intensiver mit diesen Erkenntnissen beschäftigt. Vor allem aber müssen ihnen endlich Taten folgen.

Neoliberalismus:

Als offizielle Geburtsstunde des Neoliberalismus gilt das „Colloque Walter Lippmann“: Bei diesem Seminar, das im Jahr 1938 in Paris stattfand, bezeichnete man die eigene Strömung als „neoliberal“.

Zu den Teilnehmern zählte unter anderem der Österreicher Friedrich August Hayek. Auf ihn geht die Gründung der Mont-Pèlerin-Gesellschaft zurück. Dieser Thinktank, auch „neoliberale Internationale“ genannt, übt bis heute großen Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Debatten aus.

Die erste Generation Neoliberaler waren die Ordoliberalen. Sie sahen im Laissez-Faire-Charakter des Liberalismus eine der Ursachen für die Weltwirtschaftskrise. Zwar rücken auch sie den Markt ins Zentrum, dieser jedoch müsse reguliert werden, um faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Dem Staat gegenüber sind sie etwas weniger skeptisch als andere (Neo-)Liberalen, da sie ihm durchaus eine Rolle bei der Herstellung von sozialer Sicherheit zugestehen. Ihre Grundideen sollten später in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft einfließen.

Für Milton Friedman wiederum war die Geldmenge von Bedeutung. Deshalb wird diese Strömung Monetarismus genannt. Gemein ist allen neoliberalen Theoretikern, dass sie dem Staat eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zuschreiben und damit auf Steuersenkungen als Krisenbewältigung setzen.

Zwar verweisen Neoliberale gerne auf die Vielfalt ihrer Theorien. In jenen Ländern, in denen neoliberale Reformen umgesetzt wurden, findet man allerdings immer die gleichen Grundzüge: Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierungen sowie Sozialabbau. Der Politologe Thomas Biebricher weist darauf hin, dass es immer bestimmte Pfade waren, die von bestimmten AkteurInnen vorangetrieben wurden. Zu diesen AkteurInnen zählen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank. Ebenso interessant ist, dass die Umsetzung der neoliberalen Agenda gerade in Krisenländern als Krisenbewältigungsstrategie auferlegt wurde.



Geplatzte Blase

Neoliberalismus sei zum Kampfbegriff verkommen, kritisieren dessen AnhängerInnen. Seine Bilanz ist jedenfalls fragwürdig.

Text: Sonja Fercher | Fotos: Michael Mazohl

Wer wird schon gern in einem Atemzug mit raffgierigen und rücksichtslosen SpekulantInnen genannt, die ein geradezu frivoles Leben führen, während andere Menschen ihre Arbeit und damit ihre Lebensgrundlage verlieren? Umso verständlicher ist es, dass man schon nicht in die Nähe von Theoretikern gebracht werden möchte, die aus heutiger Sicht eine Wirtschaft anstreben, die zu solchen Auswüchsen führt. Von daher ist es also wenig verwunderlich, dass Neoliberale in Abwehrhaltung gehen, wenn man sie als solche bezeichnet. Neoliberalismus sei ein Kampfbegriff, mit dem man heutzutage alles bezeichne, was falsch laufe, meint etwa Franz Schellhorn von der Agenda Austria (siehe auch „Schnittmengen“, S. 18–21).

Mehr Ungleichheit

In der Tat werden neoliberale Ideen immer mehr infrage gestellt. Selbst der IWF urteilt inzwischen: Neoliberalismus führe nicht zu mehr Wachstum, sondern zu mehr Ungleichheit. Mit einer völlig freien Wirtschaft, der Forderung nach gnadenlosen Privatisierungen und einer Entmachtung des Staates möchte denn auch der frühere Wirtschaftschef der „Presse“ lieber nicht in Verbindung gebracht werden. Er sei vielmehr für einen starken Staat. Auch zu Friedrich August Hayek, der gemeinhin als einer der wichtigsten

Theoretiker des Neoliberalismus gilt, hält Schellhorn lieber Distanz. Doch was ist dann neoliberal an der Agenda Austria? Er würde sich schon als neoliberal bezeichnen, meint Schellhorn – aber nur dann, wenn damit auch der Glaube an einen starken Staat gemeint sei. Damit beruft er sich auf die sogenannten Ordoliberalen, sozusagen die erste Generation Neoliberaler. Spannend ist diese Aussage deshalb, weil sie auf die Vielfalt der neoliberalen Denker verweist. Zugleich wird eben diese Vielfalt gern angerufen, um negative Konsequenzen neoliberaler Politik als Auswüchse zu relativieren.

Die Tatsache, dass noch dazu bezweifelt wird, dass es Neoliberalismus in der Praxis überhaupt gebe, veranlasst den deutschen Politikwissenschaftler Thomas Biebricher dazu, den Gangster Keyser Soze aus dem Film „Die üblichen Verdächtigen“ zu zitieren. Dieser sagt in Abwandlung eines Baudelaire-Zitats: „Der größte Trick, den der Teufel je gebracht hat, war, die Welt glauben zu lassen, es gäbe ihn gar nicht.“

Was also hat es mit diesem Neoliberalismus auf sich, der fast wie eine heiße Kartoffel behandelt wird? Dafür lohnt ein Blick in die Geschichte. Neoliberale entstanden in Abgrenzung zu den Liberalen. Diese haben bei der Zurückdrängung der Monarchie eine wichtige Rolle gespielt. Zölle und Zünfte schränkten die wirtschaftliche Tätigkeit des Bürger-

tums ein, die staatliche Einmischung in die Wirtschaft war ihnen ein Dorn im Auge. Die Liberalen rückten den Markt in den Mittelpunkt. Einer der wichtigsten liberalen Denker ist Adam Smith. Auf ihn geht der Begriff der „unsichtbaren Hand des Marktes“ zurück. Diese Sorge dafür, dass alles wirtschaftliche Handeln das Gemeinwohl fördert.

Dem Staat gestehen (Neo-)Liberalen lediglich die Aufgabe zu, für die besten Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln zu sorgen. Ein anderes wichtiges Element für Liberalen ist der Außenhandel: Die Länder sollten sich im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung auf jene Produkte konzentrieren, die sie günstiger herstellen können als andere.

So weit die Vorläufer. Von Bedeutung für die Entstehung des Neoliberalismus war die Weltwirtschaftskrise Anfang des 20. Jahrhunderts. Neoliberalen sahen in den Auswüchsen des Liberalismus die Ursache für die Weltwirtschaftskrise. Ihr Ziel: den Liberalismus zu revitalisieren.

Feigenblatt Ordoliberalismus

Die erste neoliberale Strömung waren die Ordoliberalen, die in Freiburg zu Hause waren. Sie waren davon überzeugt, dass auch die Wirtschaft eine gewisse Regulierung braucht, um möglichst faire Wettbewerbsbedingungen zu erreichen. Ein starker Staat, der aber nicht unbedingt groß sein muss: So definiert es auch Franz Schellhorn von der Agenda Austria. Im Übrigen waren Ordoliberalen sozialpolitischen Aktivitäten gegenüber nicht an sich negativ eingestellt. So könne der Staat für eine soziale Grundsicherung und für einen gleichen Zugang zu Bildung sorgen oder Erbschaftssteuern einheben, um allen möglichst gleiche Startbedingungen zu ermöglichen.

Auf den österreichischen Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August Hayek wiederum geht die Vorstellung vom Markt als spontaner Ordnung zurück: „Mit dieser Grundidee des Marktes als einer spontanen Ordnung, die Wissen verarbeitet bzw. generiert und Handlungen dahingehend koordiniert, dass auf möglichst effiziente Art und Weise die Güter und Dienstleistungen produziert werden, für die eine Nachfrage besteht,

ist schon viel impliziert“, fasst Biebricher zusammen. Nicht nur unsichtbares Händchen, sondern auch allwissender Markt sozusagen.

Angebot, Nachfrage oder Geldmenge?

Für den US-Ökonomen Milton Friedman wiederum war die verfehlte Geldpolitik der US-Notenbank für die Wirtschaftskrise von 1929 verantwortlich. Seine Forderung: Die Geldmenge müsse an das zu erwartende Wirtschaftswachstum gekoppelt sein und entsprechend konstant ausgewertet werden. Zudem sprach er sich für eine Ausweitung von Marktmechanismen auf andere Bereiche aus.

So weit, so theoretisch. So vielfältig die neoliberalen Theorien auch sein mögen, so sehr ähneln sich doch viele ihrer Grundgedanken. Vor allem aber zeigt der Blick auf jene Länder, in denen neoliberale Reformen umgesetzt wurden, wie groß die Überschneidungen sind.

Als „Wiege des Neoliberalismus als realpolitisches Projekt“ gilt Chile. Milton Friedman fungierte sogar selbst als Berater von **Augusto Pinochet**. Auch Hayek unterstützte diese Diktatur mit fragwürdigen Argumenten.

Zur chilenischen „Schock-Therapie“ gehörten:

- » Öffnung des Marktes für ausländische Investitionen
- » Senkung staatlicher Ausgaben
- » Deregulierung
- » Privatisierung von Sozialprogrammen und Staatseigentum

Nach ähnlichem Muster wurden in Brasilien, Uruguay und Argentinien Reformen umgesetzt – und zwar ähnlich wie Chile jeweils von einer Militärjunta. Länder wie Mexiko, Argentinien und Bolivien wiederum suchten nach Währungs- und Staatsschuldenkrisen beim IWF und der Weltbank um Rettungspakete an. Diese wurden an die Bedingung geknüpft, sogenannte Struktur-anpassungsprogramme umzusetzen. Als Basis der Programme diente der sogenannte Washington Consensus. Vom Sparkurs über die Liberalisierung der Finanzmärkte und des Außenhandels, die Deregulierung der Wirtschaft bis hin zur Privatisierung von Staatseigentum enthält dieser Maßnahmenkatalog viele Rezepte, an denen man bis heute festhält.

VerliererInnen der neoliberalen Rezepte waren Einkommensschwache, zu den GewinnerInnen zählten Einkommensstarke und Unternehmen, insbesondere die Finanzindustrie. Thomas Biebrichers ernüchternder Befund der Konsequenzen neoliberaler Politik in den USA, in Großbritannien und Deutschland: „Das Gesamtergebnis ist eine Öffnung der Ungleichheitsschere in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nie dagewesenen Umfang, die den langfristigen Egalisierungstrend, der alle drei Länder von 1945 bis in die frühen 1970er kennzeichnete, neutralisiert hat.“

Die Deregulierung der Finanzmärkte sorgte zwar zunächst für einen Boom, doch auf das Platzen der Blase folgte der große Crash in Form der Weltwirtschaftskrise 2008. Doch obwohl man sich nach der Krise weitgehend einig war, dass die neoliberale Politik in die Krise geführt hat, setzt man zur Bewältigung der Krise auch in Europa weiter auf neoliberale Rezepte.

Auch 36 afrikanische Länder erhielten vom IWF seit den 1980er-Jahren finanzielle Mittel um den Preis neoliberaler Reformen. Ähnlich verhielt es sich in vielen Ländern Asiens nach der Asienkrise im Jahr 1997. In all diesen Ländern kann von einem Erfolg der neoliberalen Rezepturen keine Rede sein: Die meisten afrikanischen Länder, die entsprechende Reformen durchführten, gehören heute zu den ärmsten Ländern der Welt. In Asien brach die Konjunktur ein und Armut und Arbeitslosigkeit nahmen massiv zu. Zwar verweist auch Biebricher auf bestimmte Verbesserungen, etwa gestiegenes Wirtschaftswachstum oder gestiegenen Wohlstand. Eines aber sei in allen Ländern gleich: „Die soziale Ungleichheit hat dramatisch zugenommen.“

In Großbritannien und den USA ist die neoliberale Agenda eng mit zwei Personen verbunden: Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Thatchers Rezept beinhaltete eine rigide Geldmengenspolitik sowie die Abkehr von der Arbeitslosenbekämpfung als staatliche Aufgabe. Obwohl dies eine schwere Rezession sowie den Verlust von zahllosen Arbeitsplätzen zur Folge hatte, wurde Thatcher wiedergewählt – was mit dem Falkland-Krieg begründet wird. In ihrer zweiten Amtszeit wandte sie sich einer angebots-



orientierten Wirtschaftspolitik zu. Dazu gehörten:

- » Steuersenkungen vor allem für hohe Einkommen
- » Ein rigider Budgetkurs: Einsparungen bei staatlichen Ausgaben und im Gegenzug Erhöhung von degressiven Steuern, die einkommensschwache Haushalte stärker belasten als einkommensstarke
- » Privatisierungen
- » Einschränkung des Streikrechts
- » Staatliche Regulierung von privaten Monopolen statt Wettbewerbspolitik gegen Monopole
- » Deregulierung des Finanz- und Börsengeschäfts: Was Thatcher jedenfalls gelungen ist, ist die Stärkung des Finanzplatzes London.
- » Thinktanks als Sprachrohre zur Verbreitung der eigenen Ideen

Schnittmengen zu dieser Politik fanden sich in Ronald Reagans Politik. Die Grundzüge:

- » Beträchtliche Einsparungen im sozialen Bereich
- » Steuersenkungen zugunsten der oberen Einkommensschichten. In einem Punkt machten die Reaganomics eine großzügige Ausnahme von ihrem rigiden Sparkurs: Das Militärbudget wurde massiv aufgestockt. Man spricht von Warfare Keynesianism.

» Deregulierungen gerade im Finanzwesen: So wurden Zusammenschlüsse von Banken ermöglicht sowie Einschränkungen bei der Anlagentätigkeit von Spar- und Hypothekenkassen gestrichen. Zugleich wurden die Regulierungsbehörden geschwächt.

» Maßnahmen gegen Gewerkschaften sowie Einschränkungen der Rechte von ArbeitnehmerInnen

» Thinktanks

Die Reaganomics haben neben einem enormen Budgetdefizit eine Explosion der Armutsrate als Hypothek hinterlassen. „Zwischen 1979 und 1987 wuchs die Anzahl der Armen um mehr als sechs Millionen“, nennt Biebricher das dramatischste Ergebnis.

Ein konservatives Phänomen?

Es wäre zu kurz gegriffen, wenn man Neoliberalismus allein bei konservativen oder liberalen Parteien vermuten würde. Erneut ist es das Tandem USA-Großbritannien, das neoliberale Reformen vornahm. Dieses Mal waren es linke Politiker, nämlich Bill Clinton und Tony Blair, die dafür verantwortlich zeichneten. Zwar sollte man ihre sozialpolitischen Maßnahmen nicht vernachlässigen. Dennoch klingt der Mix an Maßnahmen bekannt.

Unterm Strich beruhen auch sie auf dem altbekannten Mix:

» Sparkurs

» Deregulierung vor allem in den Branchen Energie, Telekommunikation und Finanzwesen. Im Jahr 1999 wurde in den USA ein folgenreiches Gesetz verabschiedet, in dem die (übrigens 1933 eingeführte) Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken aufgehoben wurde.

» Massive Privatisierungen

» Workfare/Welfare to Work: Nach diesem Konzept will eine staatliche Transferleistung verdient sein. Die Folge war allerdings eine Vergrößerung des Niedriglohnssektors sowie eine Atypisierung der Arbeit.

Befremdliches Überleben

Zumindest für ArbeitnehmerInnen muss das Fazit der neoliberalen Agenda durchwachsen ausfallen: Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes führte zu einer Vergrößerung des Niedriglohnssektors sowie zur Atypisierung von Beschäftigungsverhältnissen. Davon waren insbesondere Niedrigqualifizierte, Frauen sowie Angehörige von Minderheiten betroffen. Die Löhne und Einkommen im mittleren Bereich wiederum stagnierten. Die Einkommen der obersten Einkommensgruppen hingegen stiegen massiv an. „Das Gesamtergebnis ist eine Öffnung der Ungleichheitsschere in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nie dagewesenen Umfang, die den langfristigen Egalisierungstrend, der alle drei Länder von 1945 bis in die frühen 1970er kennzeichnete, neutralisiert hat“: So lautet Biebrichers ernüchternde Schlussfolgerung.

Um mit Colin Crouch zu sprechen: Es ist wahrlich befremdend, warum der Neoliberalismus bisher überlebt hat, obwohl schon seine theoretischen Annahmen fragwürdig sind. Denn entgegen der Empirie hält man weiter an den neoliberalen Rezepten fest. Sie mögen zwar kein Werk des Teufels sein, schädlich aber sind sie allemal.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gescheiterte EU-Krisenpolitik

Die neoliberale Ausrichtung der Krisenpolitik ignoriert die realen Bedingungen der europäischen Wirtschaft und führte somit zu einer Verschärfung der Krise.

Georg Feigl

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien

Die europäische Wirtschaftspolitik war in den letzten Jahren zutiefst neoliberal geprägt. Egal ob Europäische Kommission, Europäischer Rat oder Europäische Zentralbank: Sie alle waren sich rasch darin einig, dass der Gürtel wieder enger geschnallt werden müsse. Ihre Argumentation: Wir können nicht länger über unsere Verhältnisse leben und müssen global wettbewerbsfähiger werden, um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Nur so könne das Vertrauen der Märkte zurückgewonnen, könnten die privaten Investitionen sowie der Export gesteigert und damit die Millionen arbeitslos gewordener Menschen wieder beschäftigt werden.

Imaginiertes Europa der Zwerge

Würde die europäische Wirtschaft in erster Linie aus winzigen Volkswirtschaften bestehen, die hochgradig vom Export von Waren und Dienstleistungen in aller Welt abhängen, könnte dieses wirtschaftspolitische Konzept sogar Sinn machen. Auch wäre das neoliberale Dogma der Alternativlosigkeit gültig, wonach hohe Steuern kaum durchsetzbar und Sparmaßnahmen nicht sonderlich schädlich wären. Wettbewerbsorientierte Strukturreformen, die die Exportpreise senken, könnten das Produktionsniveau steigern. Zusammen wäre dies eine kleine Veränderung auf globaler Ebene, aber ein riesiger Schritt fürs imaginäre Europa der Zwerge, das mit-

tels globaler Märkte wieder expandieren könnte.

Allein die neoliberalen Annahmen ignorieren die reale Situation. So ist die inländische Nachfrage in den meisten Mitgliedstaaten immer noch die relevantere Größe als der Exportsektor. Selbst in der relativ offenen österreichischen Volkswirtschaft entfallen auf Konsum und Investitionen im Inland knapp zwei Drittel der Gesamtnachfrage – auf den Export folglich „nur“ gut ein Drittel. Hinzu kommt, dass die exportierten Waren und Dienstleistungen nicht auf dem globalen Markt landen, sondern überwiegend in anderen Ländern der EU. So kommt es, dass auch in Zeiten der Globalisierung insgesamt sieben Achtel der in der EU produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen hier abgesetzt werden und nur ein Achtel in Drittstaaten exportiert wird.

Angesichts dieser Größenordnungen versteht es sich von selbst, dass eine Strategie des „Gürtel-enger-Schnallens plus Exporte“ in Europa kein erfolgreiches Rezept sein kann, um aus der Krise zu kommen. So waren auch nur Neoliberale überrascht, als die Wirtschaft der Eurozone – in der die europäische Wirtschaftspolitik sehr viel stärker greift als in der EU insgesamt – zwischen 2012 und 2013 neuerlich schrumpfte.

Hauptgrund dafür war die harte Sparpolitik, zu der ab 2011 (bis auf Deutschland) praktisch alle Länder gezwungen wurden – durch die europäischen Budgetregeln sowie den besonderen politischen Druck auf die sogenannten Krisenländer. Entgegen der Mehrheitsmeinung der Wirtschaftswissen-

schaft wollte die Europäische Kommission die Öffentlichkeit glauben machen, dass die Sparpakete die Wirtschaft fördern könnten. Der Nobelpreisträger **Paul Krugman** nannte dies das Märchen der Vertrauensfee, die gemäß Kommission auf wundersame Weise die Wirtschaftsakteure ermutigt, wieder zu investieren und zu konsumieren – obwohl ihnen weniger Geld zur Verfügung steht.

Im Reich der Träume

Es ist wenig überraschend, dass die Fee im Reich der neoliberalen Träume blieb. Statt Vertrauen in die Zukunft zu fassen und wieder mehr zu produzieren, fürchteten die Unternehmen die Konsequenzen höherer Massensteuern und Ausgabenkürzungen. Als Reaktion auf gefühlte und tatsächlich schlechtere Absatzmöglichkeiten schränkten sie Investitionen, Beschäftigung und Produktion weiter ein – insbesondere in Spanien, Portugal und Griechenland, wo die umfangreichsten Programme umgesetzt wurden.

Nur langsam kam es zu einem Umdenkprozess, eingeleitet ausgerechnet vom Internationalen Währungsfonds. Dieser steht nicht nur seit Jahrzehnten für die globale Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik, sondern hat im Rahmen der sogenannten Troika die Spardiktate in Griechenland und Portugal mit zu verantworten. Neue Berechnungen zeigen, dass die negativen Folgen der Sparpolitik viel stärker waren als ursprünglich angenommen. Nicht nur das: Sie verschärften die Krise sogar. Seitdem gibt es eine langsame Abkehr

Die harte Sparpolitik fördert die Wirtschaft? Nobelpreisträger Paul Krugman nannte dies das Märchen der Vertrauensfee. Diese sollte denn auch im Reich der neoliberalen Träume bleiben.

vom Dogma des rasch auszugleichenden Staatshaushaltes. Es dauerte drei Jahre, bis die Europäische Kommission erstmalig eine insgesamt leicht expansive Budgetpolitik in der Eurozone empfahl. Dass gänzlich vom Dogma des ausgeglichenen Staatshaushalts abgegangen wird, ist aufgrund der restriktiven **Fiskalregeln**, die sich die EU-Staaten gegeben haben, wenig wahrscheinlich. Das strikte Vorgehen gegen Portugal und Spanien mit relativ geringen Abweichungen zeigt, dass der budgetpolitische Lernprozess nicht geradlinig verläuft.

Je mehr klar wurde, dass harte Sparpolitik nicht aus der Krise führt, desto lauter wurde der neoliberale Ruf nach mehr Wettbewerbsfähigkeit und Strukturereformen, um aus der Krise zu kommen. Im Kern geht es dabei um die Durchsetzung des Dogmas der freien Märkte: Es gibt ein Problem am Arbeitsmarkt? Dann braucht es eben eine weitgehende Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, so die Argumentation.

Erstaunlich dabei ist, dass die Kommission in der Vergangenheit schon einmal pragmatischer war. Im Jahr 2002 definierte sie die Wettbewerbsfähigkeit noch als „die Fähigkeit der Wirtschaft, der Bevölkerung nachhaltig einen hohen und wachsenden Lebensstandard und eine hohe Beschäftigung zu sichern“. Von dieser Definition ist man inzwischen abgekommen. Heute sollen vor allem Exportunternehmen profitieren können, während „sich [die BürgerInnen] neuen Anforderungen, Trends und Herausforderungen anpassen“ sollen, wie es in einer Erklärung des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker heißt. Anders ge-

sagt: Von der Bevölkerung werden Anpassungsleistungen an vermeintliche wirtschaftliche Sachzwänge verlangt. Die Relevanz der Nachfrageseite bzw. die Doppelrolle der Löhne – einerseits Produktionskosten, andererseits Einkommen, die für den Konsum verwendet werden – bleibt in dieser Logik ausgeblendet.

Alternative Wirtschaftspolitik gefragt

Folglich wird von einer verteilungs- und preisneutralen Lohnpolitik durch die Sozialpartner abgerückt. Stattdessen wird die Koppelung der Lohnkostenentwicklung an jene der wichtigsten Exportländer gefordert. Eine schlechte Lohnentwicklung in einem Land – wie vor der Krise insbesondere in Deutschland und nun in den Krisenstaaten – würde dann alle anderen nach unten ziehen. Dort wiederum würde sie zu zunehmender Kritik der Kommission an der lohnkostenseitigen Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ihren Handelspartnern führen, wie das in Frankreich bereits zu sehen ist.

Die Beispiele von Spanien und anderen Ländern zeigen, dass noch nicht einmal der Angebotseffekt funktioniert, da die geringeren Kosten kaum zu sinkenden Exportpreisen führen, sondern in erster Linie die Gewinne erhöhen – vom negativen Nachfrageeffekt ganz zu schweigen. Am Ende bringt ein verschärfter Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten eine insgesamt schlechte Nachfrage- und damit Wirtschaftsentwicklung, Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen und eine Zunahme der globalen Ungleichgewichte durch desta-

bilisierend hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Obendrein sind zunehmende politische Spannungen wahrscheinlich, wenn aus KooperationspartnerInnen für „das Allgemeinwohl“ nun KonkurrenzpartnerInnen um die „kostengünstigen“ Standards werden.

Die gescheiterte Krisenpolitik hat eine Alternative: Wohlstandsorientierung muss zum übergeordneten Ziel der Wirtschaftspolitik werden. Die Korrektur der Verteilungsschieflage, der Abbau der Arbeitslosigkeit, soziale und ökologische Investitionen und die Absicherung des Sozialstaates müssen in den Mittelpunkt der Politik rücken.

Die Stärkung der Binnennachfrage ist in erster Linie durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik sowie eine adäquate Finanzpolitik zu fördern. Zweite Säule muss eine beschäftigungsfreundlichere Fiskalpolitik sein, in deren Mittelpunkt die gesamteuropäische konjunkturelle Wirkung steht. Eine ausreichende Einnahmenbasis des Staates ist durch eine effektive Steuerkoordinierung sicherzustellen – insbesondere durch energischeres Vorgehen gegen Steuerbetrug, Steueroasen und aggressive Steuerplanung.

AK-Stellungnahme zur Reform der
Wirtschafts- und Währungsunion:
tinyurl.com/j7ffybf

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
georg.feigl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Hummeln können nicht fliegen? Das zumindest meinten Physiker, die befanden, die Last des Körpers sei zu groß für die kleinen Flügel.

Auch der Wirtschaftsstandort Österreich ist nicht schlecht. Um das zu sehen, muss man eben mehr Indikatoren einbeziehen als nur den Körper und die Größe der Flügel.



Lasst die Hummeln fliegen!

Mit Fakten gegen schlechte Stimmung: Unternehmer jammern über den Standort, dabei sehen die internationalen Statistiken Österreich an der Spitze.

Markus Marterbauer

*Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien*

Abgesandelt ist noch ein Hilfsausdruck“, „Triple B aus Bürokratie, Belastung, Bestrafung“, „Reformstau“: Über Monate hinweg reihen missmutige Wirtschaftsfunktionäre ein abfälliges Schlagwort über den österreichischen Standort an das andere. Selbst dem Generaldirektor der voest, eines Unternehmens mit glänzenden Geschäftszahlen, dem jede Unterstützung von Politik und Gewerkschaften sicher ist, gerät jede Pressekonferenz trotz immer höherer Unternehmensgewinne zur Lamentiererei.

Die internationalen Wettbewerbsrankings, etwa des **World Economic Forum**, beruhen wesentlich auf Befragungen von ManagerInnen (siehe auch „Jährlich grüßt das Managertier“, S. 32–33). Die

selbstgeißelnde Stimmungsmache befeuert zusammen mit schwerwiegenden methodischen Problemen dieser Befragungen das Standort-Bashing. Das ist ziemlich gefährlich, denn schlechte Unternehmerstimmung kann zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden: Erklären die Unternehmen die Lage für schlecht, dann investieren sie nicht, das wiederum verschlechtert die wirtschaftliche Lage tatsächlich.

Selffulfilling prophecy

Zudem erschwert miese Stimmung die Lösung der durchaus bestehenden Probleme: hohe Arbeitslosigkeit, Herausforderung Integration, Defizite im Bildungssystem, Innovationsschwäche und zunehmende Ungleichheit in der Verteilung des Wohlstandes. Auf solider Ausgangsbasis und mit ein wenig Mut wären die Herausforderungen zu bewältigen, aber so?

In der Sozialpartnerschaft galt einmal der Grundsatz, die Fakten gemeinsam außer Streit zu stellen, um auf gesicherter Datenbasis Interessenunterschiede zivilisiert austragen zu können. Wie also ist die Ausgangssituation auf Basis von Fakten und Daten tatsächlich? Einerseits belastet die seit 2008 anhaltende weltweite Finanzkrise noch immer die heimische Wirtschaft: Wäre das reale Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der Krise im Jahr 2008 so gewachsen wie in den zwei Jahrzehnten zuvor, so würde es um zwanzig Prozent höher liegen. Zusammen mit enormen Kosten der Bankenrettung von 37 Milliarden Euro hat die schwache Konjunktur die Staatsschulden um mehr als sieben Milliarden Euro erhöht. Gemeinsam mit dem starken Zuzug ausländischer Arbeitskräfte hat die Krise die Arbeitslosenquote auf den höchsten Wert der Zweiten Republik gehoben. Die Ausgangslage ist also durchaus schwierig.

Doch andererseits ist die wirtschaftliche Lage in Österreich objektiv im Vergleich mit den anderen EU-Ländern recht gut: Die Produktion an Gütern und Dienstleistungen (BIP) pro Kopf lag im Jahr 2015 mit 36.400 Euro um 27 Prozent über dem EU-Durchschnitt, zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 betrug der Vorsprung nur 23 Prozent.

Vor uns liegen Luxemburg (Stadt mit Umland und Steuerdumping), Irland (Land der steuerminimierenden Multis ohne Ertrag für die heimische Bevölkerung) und die Niederlande (einstmals gefeiertes Modell, das kontinuierlich zurücksinkt). Besorgniserregend ist, dass unser drittgrößter Handelspartner Italien laufend an Wirtschaftsleistung verliert und nur noch an zwölfter Stelle der EU liegt. Erfreulich ist, dass unser mit Abstand wichtigster Handelspartner Deutschland nach langen Jahren der Stagnation nun endlich aufholt und Rang fünf einnimmt. Denn je besser es unseren Handelspartnern geht, desto günstiger ist dies für unsere Exportwirtschaft.

Grund für Optimismus

Exportiert werden in hohem Ausmaß Industriegüter, deren Produktion besonders im internationalen Wettbewerb steht. Im April 2016 lag der Produktionswert in Österreichs Industrie um 13 Prozent höher als im Jahr 2010, in Deutschland waren es zehn und in der Eurozone nur fünf Prozent. Mehrere Indikatoren lassen hier auch für die Zukunft optimistisch sein: Die Forschungsausgaben, entscheidende Voraussetzung für die Innovationskraft der Wirtschaft, haben drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschritten und Österreich hat damit zur Spitzengruppe der skandinavischen Länder aufgeschlossen. Großen Anteil daran hatten staatlich finanzierte Forschungsleistungen, Österreich liegt hier auf Platz eins der EU. Nun gilt es, mehr Augenmerk nicht nur auf die Forschungsmittel, sondern auch auf die Umsetzung der Forschungsergebnisse zu legen.

Die Investitionen der Unternehmen und der öffentlichen Hand weisen ein deutlich höheres Niveau auf als in Deutschland und der Eurozone. Die deutschen Unternehmen müssten um 30 Milliarden Euro und der Staat nochmals

um 30 Milliarden Euro mehr investieren, um das österreichische Niveau zu erreichen. Dennoch schütten die heimischen Kapitalgesellschaften immer noch mehr ihres Gewinns in Form von Dividenden aus, als sie investieren. Die Gewinne verschwinden auf den internationalen Finanzmärkten und in Rotweinsammlungen, statt sie für die Gesamtwirtschaft nutzbar zu machen. Das muss sich ändern.

Realistische Einschätzung

Die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Sie hat sich seit 2008 so wie in Deutschland um sechs Prozent erhöht, während sie in der Eurozone erst das Vorkrisenniveau erreicht. Seit Kurzem nimmt auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten wieder zu. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum kräftig gestiegen, vor allem weil immer mehr Leute wegen der Anhebung des faktischen Pensionsalters am Arbeitsmarkt bleiben oder wegen des attraktiven Wirtschaftsstandorts aus dem Ausland zuziehen.

Angesichts dieser harten Fakten liegt eine realistische Einschätzung des österreichischen Wirtschaftsstandorts auf der Hand:

» Die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste Krise ist wirtschaftlich und sozial bei Weitem nicht überwunden, vor allem auf dem Arbeitsmarkt und bei den Staatsfinanzen.

» Doch im Vergleich mit allen anderen EU-Ländern hält sich Österreich gut. Gerade die im internationalen Wettbewerb stehenden Sektoren reüssieren, während die schwache Binnennachfrage die Konjunktur bremst.

Doch wie ist es möglich, dass die miserable Unternehmerstimmung in solch krassem Gegensatz zu den harten Fakten steht? Das hat vor allem drei Ursachen. Erstens steckt dahinter politische Strategie. Sie besteht darin, durch eine einseitige Darstellung der Lage bei Lohnverhandlungen oder im Arbeitsrecht ein möglichst großes Stück des Kuchens für sich selbst herauszuholen. Blöd nur, dass bei einer einseitigen Betonung von Partikularinteressen der Kuchen insgesamt schrumpft und für alle weniger da ist.

Zweitens beobachten Unternehmensführer, wie weit der Sozialabbau in vielen

EU-Ländern vorangekommen ist, ohne dass Ähnliches bislang in Österreich durchsetzbar war: etwa im Bereich der Pensionen, bei den kollektivvertraglichen Lohnverhandlungen oder im Angebot an öffentlichen Leistungen von der Gesundheit über die Bildung bis zum Verkehr. Würde Österreich gegenüber den neoliberalen Modellländern tatsächlich wirtschaftlich zurückfallen, dann wäre das Wasser auf die neoliberalen Mühlen.

Drittens prägen die an den Universitäten gelehrteten Gesetze des Neoliberalismus das Denken der AkademikerInnen: In Forschung, Redaktionen und Unternehmensleitungen kann man sich schlicht nicht mehr vorstellen, dass ein gut ausgebauter Sozialstaat, ein System kollektiver Lohnverhandlungen, ein hoher Anteil des öffentlichen Sektors oder hohe Standards im Umweltschutz den Wirtschaftsstandort stabilisieren und stärken.

Theorie und Praxis

Das erinnert ein bisschen an jene Zeitgenossen, die nach den Gesetzen der Physik nachzuweisen versuchten, dass Hummeln gar nicht fliegen können: Die Flügel seien in Relation zum massigen Körper und der großen Lasten einfach viel zu klein. Die Hummeln kennen die Gesetze der Physik gar nicht, haben dafür elastische und gelenkige Flügel – und sie wissen, dass die zu tragenden Lasten Investitionen in die Zukunft des ganzen Volkes sind, und freuen sich am sicheren und schönen Flug.

Blogtipps:

Österreichs BIP pro Kopf in der EU-Spitzengruppe:
tinyurl.com/jpu843q

Österreichs Wirtschaft investiert mehr als die deutsche:

tinyurl.com/zjqawoz

Konjunktur – Was jetzt zu tun wäre:

tinyurl.com/zs5jduc

Wo steht Österreich?:

tinyurl.com/jkru8du

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

markus.marterbauer@akwien.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Sozialstaat bringt Leistung

Die Unfinanzierbarkeit sozialer Leistungen ist ein Mythos. Der Sozialstaat sorgt vielmehr für Fortschritt und macht die Wirtschaft krisenfester.

Romana Brait

*Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien*

Adi Buxbaum

Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

Die Erfahrungen im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben gezeigt, dass Länder mit einer starken sozialstaatlichen Absicherung deutlich besser durch die Krise gekommen sind als andere. Der Vorteil eines gut ausgebauten Sozialstaates liegt darin, dass er Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützt und gleichzeitig zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilität beiträgt.

Der Sozialstaat bringt allen etwas

In Österreich profitieren alle Menschen je nach Lebens- und Einkommenssituation in unterschiedlicher Intensität von sozialstaatlichen Leistungen. Dies gilt insbesondere für jene Lebenslagen, in denen die Menschen besonders verwundbar sind: Kinder erhalten Familienleistungen und besuchen das staatliche Schulsystem. Im Falle einer Krankheit gibt es dank Krankenversicherung eine weitgehend kostenfreie Behandlung. Wenn der Job verloren geht, bietet die Arbeitslosenversicherung einen Lohnersatz.

Die Leistungen des Sozialstaates werden durch das Abgabensystem finanziert: Steuern, Gebühren und Beiträge. Ein wichtiges Indiz dafür, wie viel in einem Land staatlich finanziert wird und wie viel jede Person für sich privat orga-

nisieren muss, ist die Abgabenquote. Diese ist im internationalen Vergleich vor allem in wirtschaftlich entwickelten Ländern mit einem gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat relativ hoch: Die OECD berechnet die höchsten Abgabenquoten für 2014 in Dänemark mit 50,9 Prozent, Frankreich mit 45,2 Prozent und Belgien mit 44,7 Prozent. Auch die österreichische Volkswirtschaft rangiert mit 43 Prozent im oberen Bereich. Eine deutliche Senkung der Abgabenquote kann nur erreicht werden, wenn öffentliche Leistungen etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Pensionen gekürzt werden und folglich von den BürgerInnen privat auf oft teurerem Weg bezahlt werden müssen.

Um die Frage zu beantworten, wer die Finanzierung des Sozialstaates eigentlich trägt, lohnt sich eine Analyse der privaten Haushalte. Dafür nimmt man alle österreichischen Haushalte zusammen und teilt diese entlang der Höhe ihres Einkommens in drei Gruppen. Demnach erzielt das Drittel der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen 12 Prozent aller Bruttoeinkommen und zahlt 10 Prozent aller Steuern und Sozialabgaben. Umgekehrt erzielt jenes Drittel der Haushalte mit den höchsten Einkommen 60 Prozent aller Bruttoeinkommen und zahlt 63 Prozent aller Steuern und Sozialabgaben.

Lebenssituation als Kriterium

Die Haushalte im mittleren Einkommensdrittel wiederum erzielen 28 Prozent der Bruttoeinkommen und zahlen 26 Prozent der Steuern und Sozialabga-

ben. Insgesamt kann daher festgehalten werden, dass das österreichische Abgabensystem nur wenig von reicheren zu ärmeren EinkommensbezieherInnen umverteilt – es ist im Wesentlichen proportional gestaltet. Zur Finanzierung des Sozialstaates tragen also alle Haushalte einen etwa gleich hohen Anteil ihres Einkommens bei. Gleichzeitig profitieren im österreichischen Sozialstaat auch alle Menschen im Laufe ihres Lebens von öffentlichen Leistungen: Eine Vielzahl der sozialstaatlichen Leistungen in Österreich sind universelle Leistungen, die unabhängig vom Einkommen allen BürgerInnen zustehen. Wesentliches Kriterium ist hingegen die Lebenssituation: Das Alter ist entscheidend für den Bezug der Familienbeihilfe, Gesundheitsleistungen können im Krankheitsfall in Anspruch genommen werden.

Positive Verteilungswirkung

Trotz seiner universellen Ausrichtung stärkt der Sozialstaat vor allem die Mittelschicht sowie Menschen mit geringen Einkommen: Vor allem dank positiver Verteilungswirkung der Staatsausgaben können Haushalte im unteren Einkommensdrittel ihren Anteil an den Gesamteinkommen von 12,5 Prozent auf 20 Prozent steigern. Auch der Anteil der Haushalte des mittleren Drittels steigt, wenn auch nur geringfügig, von 29 auf knapp 31 Prozent. Der Anteil des oberen Einkommensdrittels wiederum sinkt von 58,5 auf 49,5 Prozent.

Die positive Umverteilungswirkung geht in Österreich traditionell von den Staatsausgaben bzw. von öffentlichen

Angeboten aus – und nicht von den Einnahmen. Der Grund liegt darin, dass das bereitgestellte öffentliche Angebot für die Mittelschicht und Personen mit geringem Einkommen oft überhaupt erst den Zugang zur jeweiligen Leistung ermöglicht: Müsste beispielsweise jenes Drittel der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen selbst für Bildungsausgaben aufkommen, so würde dies 44 Prozent ihres Einkommens auffressen und die Lebensbedingungen für Haushalte mit SchülerInnen drastisch verschlechtern. Ähnlich, wenngleich nicht ganz so drastisch, verhält es sich mit dem öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau.

Dieser bringt eine durchschnittliche Mietersparnis von 74 Euro pro Monat für jeden Haushalt. Die zehn Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen müssten ohne öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau 15 Prozent ihres Einkommens zusätzlich für Mietzahlungen ausgeben.

Stabile Sozialquote

Entgegen den üblichen Behauptungen der ApokalyptikerInnen des Sozialstaates, wonach die Sozialleistungen unfinanzierbar wären, zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass die vorhergesagte „Kostenexplosion“ im Sozialsystem nicht stattgefunden hat. Und sie wird erfahrungsgemäß auch nicht stattfinden, im Gegenteil: Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (= Sozialquote) betrug in Österreich zwischen 1995 und 2014 durchschnittlich rund 29 Prozent und bewegte sich – letztendlich stark konjunkturbedingt – in einer vergleichsweise engen Bandbreite zwischen 27,2 (2007, Hochkonjunktur) und 30,1 Prozent (2014).

Ist der Befund damit gänzlich falsch, dass sich die Sozialausgaben seit Mitte der 1990er-Jahre nominell von 51 Milliarden auf 99 Milliarden Euro verdoppelt haben? Nein, die Zahlen sind per se sogar richtig. In der Darstellung „vergisst“ man nur zu erwähnen, dass sich die Wirtschaftsleistung (BIP) im Vergleichszeitraum ebenfalls nominell beinahe verdoppelt hat und somit eine Stabilisierung der Sozialquote möglich war.

Nicht nur aus den Erfahrungen der letzten 20 Jahre lässt sich folgende These für die Zukunft ableiten: Je mehr Menschen – in allen Altersgruppen zwischen 15 und 64 Jahren – am Arbeitsmarkt erfolgreich Fuß fassen, wodurch der Bedarf an sozialen Transferleistungen insgesamt sinkt, umso leichter kann die Sozialquote auch für die kommenden 20 Jahre relativ stabil gehalten werden.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, warum die Sozialausgaben nicht auch wesentlich steigen dürfen. Ein steigender Älteranteil in der Gesellschaft (Stichwort demografischer Wandel), neue Anforderungen in der Arbeitswelt (Stichwort digitaler Wandel), Aufholprozesse zur echten Gleichstellung zwischen den Geschlechtern (Stichwort gesellschaftlicher/kultureller Wandel) und vieles mehr sprechen im Gegenteil dafür, dass mehr Budgets dorthin fließen sollten – und zwar dorthin, wo sie erstens gebraucht und zweitens sinnvoll investiert werden.

Finanzierung auf breite Basis stellen

Der Sozialstaat kann die zum Teil hohen Erwartungen der Menschen nur dann erfüllen, wenn auch seine Finanzierung auf eine breite und gerechte Basis gestellt wird. Und: Der Sozialstaat muss laufend angepasst und progressiv weiterentwickelt werden, um den aktuellen Herausforderungen, wie etwa der Auseinanderentwicklung von Arm und Reich,

strukturellen Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft bzw. der Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise gerecht werden zu können.

Umbau als Devise für die Zukunft

Die Devise für die Weiterentwicklung des österreichischen Sozialstaates lautet deshalb: Umbau statt Abbau! Dies gilt natürlich besonders auf europäischer Ebene, wo sich gut ausgebaute, hochentwickelte Sozialsysteme gegenüber wirtschaftlichen Krisen und gesellschaftlichen Veränderungen als besonders resilient erwiesen haben.

Treffender als **Helmut Schmidt** kann man es wohl nicht formulieren: Der Sozialstaat ist „die größte kulturelle Leistung, welche die Europäer während des ansonsten schrecklichen 20. Jahrhunderts zustande gebracht haben“.

Umverteilungsbroschüre des Sozialministeriums:
tinyurl.com/jjsom4v

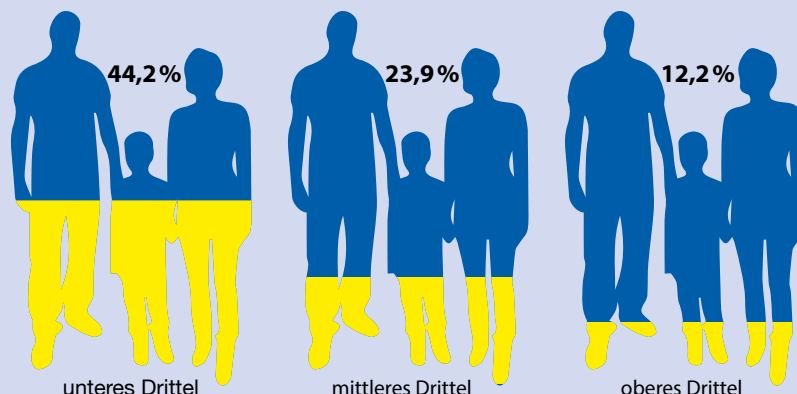
WIFO-Umverteilungsstudie:
tinyurl.com/jfoxwst

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
romana.brait@akwien.at
adi.buxbaum@akwien.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Schulsausgaben gemessen am Einkommen

Für die meisten Haushalte wäre es kaum möglich, Bildung aus eigener Tasche zu finanzieren.



Quelle: WIFO 2016

Übliche Karriereberater würden Frauen nur dabei helfen, in der traditionell männlichen Welt der Firmenhierarchien auf Führungspositionen hinzuarbeiten, kritisiert die US-Politikwissenschaftlerin Anne-Marie Slaughter. Es sei höchste Zeit, „dass sich Unternehmen an die Realitäten des modernen Lebens anpassen“.

Nötig sei außerdem ein allgemeines Umdenken: Auch Väter sollten auf die Vereinbarkeitsfrage angesprochen werden. Und man sollte sie nicht länger für Dinge loben, die bei Müttern als selbstverständlich angesehen werden.

Von wegen Vereinbarkeit . . .

Es liegt nicht an mangelnder Power, Geduld oder Organisationstalent, dass sich Kinder und Karriere schwer vereinbaren lassen. Und das stört auch immer mehr Männer.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Ane-Marie Slaughter ist zweifellos eine Powerfrau: Politikwissenschaftlerin in Princeton, Präsidentin des Thinktanks „New America“ und Mutter von zwei Söhnen. Ihren Job als Direktorin des außenpolitischen Planungstabs von Hillary Clinton beendete sie 2011 mit der Begründung, sich nach zwei Jahren Fernbeziehung mehr um ihre Familie kümmern zu wollen. Jetzt ist ihr Buch „Was noch zu tun ist: Damit Frauen und Männer gleichberechtigt leben, arbeiten und Kinder erziehen können“ auf Deutsch erschienen. Wie weit es auch als Unterstützung oder Anregung für Hillary Clinton gedacht war, lässt sich schwer sagen. Es liefert jedenfalls einige Denkanstöße und Ratschläge – auch für ÖsterreicherInnen.

Die USA sind eines der wenigen Länder ohne allgemeinen, gesetzlich verankerten bezahlten Mutterschutz. In den einzelnen Staaten gibt es unterschiedliche Regelungen, in Kalifornien etwa sogar bezahlten Vaterschaftsurlaub. Doch im Wesentlichen sind die konkreten Bedingungen stark vom jeweiligen Arbeitgeber abhängig. Im Vergleich dazu wird in Österreich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Kindergeld, Elternteilzeit, Väterkarenz oder Pflegefreistellung durchaus deutlich erleichtert. Doch im Prinzip sind berufstätige Eltern überall im gleichen Dilemma: Kinder, die mehrmals im Jahr überraschend und plötzlich krank werden oder an manchen Tagen partout nicht in den Kindergarten wollen und sich an Mama oder Papa klammern. Betreuungseinrichtungen, die sich nicht mit Schichtdiensten und langen Ferien-

zeiten vereinbaren lassen, Elternabende, Schulaufführungen und Chauffeurdienste, die mit beruflichen Terminen kollidieren: All das strapaziert persönliche, zeitliche und/oder finanzielle Ressourcen.

Eineinhalb-ErnährerInnen-Modell

Unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiten Alleinerziehende. Eine Vereinbarkeitsstudie im Auftrag der AK Wien ergab 2013, dass nur 55 Prozent die Möglichkeit haben, kurzfristig auf Kinderbetreuungspflichten zu reagieren. Befragt wurden ArbeitnehmerInnen mit mindestens einem Kind unter zwölf Jahren im Haushalt, in dieser Gruppe dominiert nach wie vor das Eineinhalb-ErnährerInnen-Modell. Nur bei 25 Prozent der DoppelverdienerInnen-Haushalte waren beide voll berufstätig. Und

typischerweise häufen AlleinverdienerInnen besonders viele Überstunden an. Allgemein sind private Bezugspersonen nach wie vor die wichtigste Säule der Kinderbetreuung.

Der aktuelle AK-Wiedereinstiegsmonitor zeigt, dass die Rückkehrchancen von Müttern bis zum zweiten Geburtstag dann am größten sind, wenn der Vater ebenfalls in Karenz geht. Tatsächlich tun das auch immer mehr Väter, allerdings hat sich die Unterbrechungsdauer verkürzt. Auch Frauen wählen immer häufiger kürzere Modelle. Mangels adäquater Betreuungsmöglichkeiten haben Alleinerzieherinnen trotz höheren wirtschaftlichen Drucks mit 53 Prozent eine niedrigere Wiedereinstiegsquote als der Durchschnitt (58 Prozent). Dieser Rückzug vom Arbeitsmarkt ist nicht selten der erste Schritt in die Altersarmut.

Kein reines Frauenproblem

Immerhin ist es heute nicht mehr üblich, dass junge Paare quasi schweigend übereinkommen, dass Mütter ihre beruflichen Ambitionen jahrelang auf Eis legen und vielleicht irgendwann „dazuverdienen“. Die Generation Millennium hat bezüglich Vereinbarkeit weniger Illusionen und geht das Ganze durchaus strategischer an. Doch wie so vieles lässt sich auch dieser Lebensbereich nur äußerst selten zu 100 Prozent durch eigene Entscheidungen beeinflussen. Arbeitslosigkeit, chronische Krankheiten, pflegebedürftige Eltern und andere Ereignisse sind ebenso unvorhersehbar wie die psychischen Folgen von Elternschaft. Viele sind überrascht, wie eng die Bindung

zum Kind sein kann und wie sehr sich Bedürfnisse und Prioritäten dadurch verändern. Und nicht wenige Frauen haben Probleme damit, Verantwortung im Haushalt und für die Kinder abzugeben. „Es ist eine Sache“, so Slaughter, „den Haushalt abzugeben. Wesentlich schwieriger ist es, nicht mehr länger der Mittelpunkt des kindlichen Universums zu sein.“

Trotzdem sei Vereinbarkeit kein Frauenproblem, sondern ein Betreuungsproblem. Immer häufiger beklagen auch Väter, dass Arbeit und Familie nur schlecht unter einen Hut zu bringen sind. Übliche Karriereratgeber würden Frauen nur dabei helfen, in der traditionell männlichen Welt der Firmenhierarchien auf Führungspositionen hinzuarbeiten. Dieses System mit einer Kultur der Arbeitsüberlastung sei antiquiert und hilflos und es sei höchste Zeit, „dass sich Unternehmen an die Realitäten des modernen Lebens anpassen“.

Gütesiegel und Staatspreise

Egal ob als bescheiden bezahlte Pflegehelferin oder als Managerin – Frauen erleben täglich hautnah, dass unsere Gesellschaft persönlichen Ehrgeiz belohnt und Fürsorge bestraft, „obwohl es sich dabei um zwei gleichwertige, notwendige menschliche Antriebskräfte handelt, die essenziell sind für die Erhaltung der Art“, bringt es Slaughter auf den Punkt.

Kreative Lösungen für bessere Vereinbarkeit wie Gleitzeitangebote nach den Bedürfnissen der Beschäftigten, Teilzeit für Führungskräfte, ein Pappamonat nach der Geburt oder Betriebskindergärten haben auch hierzulande Seltenheitswert. Gütesiegel, Preise und Audits für Familienfreundlichkeit können zwar Bewusstsein schaffen, bieten aber keine wirkliche Garantie für die/ den einzelne/n Beschäftigte/n. „Zum Teil werden dabei Maßnahmen als vorbildlich gelobt, die per Gesetz ohnehin vorgeschrieben sind“, so AK-Expertin Helga Hess-Knapp. „Auch Absichtserklärungen, etwa Leitlinien, sind unverbindlich.“ In der Praxis erleben die AK-RechtsberaterInnen immer wieder, dass Unternehmen ihren Beschäftigten etwa bei der Elternteilzeit große Probleme machen. „Auf der sicheren Seite sind Ar-

beitnehmerInnen dann, wenn in einem Unternehmen neben der familienfreundlichen Unternehmenskultur auch eine verbindliche Betriebsvereinbarung vorhanden ist“, so die AK-Expertin.

Kleine und große Schritte

Gesellschaftliche Veränderungen laufen in der Regel eher langsam ab, aber zweifellos finden sie permanent statt. So wie wir uns an das Verschwinden der Anrede Fräulein gewöhnt haben, werden wir uns alle an (sprachliche) Gleichstellung wie das viel diskutierte Binnen-I gewöhnen. Entscheidend für nachhaltige Verbesserungen ist die richtige Mischung. Denn einzelne Maßnahmen wie etwa Quotenregelungen werden nur dann zum wirklichen Gleichstellungsinstrument, wenn parallel die Vereinbarkeit verbessert wird. Derzeit gewinnen häufig kinderlose Frauen den Kampf um die Topjobs.

Fast genauso wichtig wie die Forderung nach dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen oder Ganztagschulen ist für Slaughter ein allgemeines Umdenken. Sie sieht dabei durchaus auch Veränderungsbedarf bei sich selbst und ihren Geschlechtsgenossinnen. So sollten grundsätzlich nicht nur schwangere Frauen, sondern auch deren Partner auf die Vereinbarkeitsfrage angesprochen werden. Und man sollte Väter nicht länger für Dinge loben, die bei Müttern als selbstverständlich angesehen werden. Nicht nur Arbeitgeber, sondern wir alle sollten Zeiten der Kinder- oder Angehörigenbetreuung nicht mehr als Pause betrachten, sondern als Lebensabschnitt, der neue Erfahrungen ermöglicht. Damit wäre dann auch klar, dass typisch männliche Karrieren mit Überstunden und stetigem Vorwärtkommen nicht länger die Norm bleiben können.

BUCHTIPP

Anne-Marie Slaughter:
**Was noch zu tun ist:
 Damit Frauen und Männer gleichberechtigt
 leben, arbeiten und Kinder erziehen können**
 Kiepenheuer & Witsch, 2016
 € 19,99
 ISBN: 978-3462048933



Bestellung:
www.besserewelt.at

L&R Sozialforschung im Auftrag der AK Wien:
 Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung:
tinyurl.com/jvacrqm

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Schnittmengen

Markus Marterbauer von der AK und Franz Schellhorn von der neoliberalen Agenda Austria sollten nach Gemeinsamkeiten suchen. Sie haben einige gefunden, der Teufel steckt aber bekanntlich im Detail.

Interview: Sonja Fercher | Fotos: Michael Mazohl

Arbeit&Wirtschaft: Würden Sie sich eigentlich selbst als neoliberal bezeichnen, Herr Schellhorn?

Franz Schellhorn: Das ist eine Frage der Definition. Wenn man es so definiert, dass die Neoliberalen die Antwort der 1930er-Jahre auf die ungezügelten Liberalen des 19. Jahrhunderts waren, dann würde ich mich nicht genieren, dazuzugehören. Die sind ja dafür eingetreten, dass man Finanzmärkte regulieren sollte, ihnen ein Regelwerk verpassen sollte. Was man aber heute mit neoliberal meint, ist eher ein Kampfbegriff.

A&W: Welche Bedingungen müssten noch erfüllt sein, damit Sie mit dieser Zuschreibung einverstanden sind?

Schellhorn: Dass man einen starken Staat akzeptiert. Der muss nicht groß sein, aber er muss stark sein.

A&W: Herr Marterbauer, teilen Sie diese Selbstzuschreibung?

Markus Marterbauer: Den Begriff neoliberal verbindet man am ehesten mit Friedrich August von Hayek, auf den

sich die Agenda Austria ja auch beruft ...

Schellhorn: Nein, tut sie nicht!

Marterbauer: Na ja, Christoph Kraus (Vereinsvorsitzender, Anm.) hat in einem Interview gesagt, Hayek sei ein Vorbild.

Schellhorn: Ja, das hat er aber vor der Gründung gesagt. Und bei uns ist der Vereinsvorstand nicht in die inhaltliche Ausrichtung involviert, sondern für die Kontrolle der geschäftlichen Gebarung zuständig.

Marterbauer: An sich ist Hayek einer der großen Ökonomen, der gerade, was die Bedeutung der Märkte betrifft, wirklich Wesentliches zur Erkenntnis beigetragen hat. Doch er war ein Bösewicht, weil Pinochet-Verteidiger und Anti-Demokrat.

Schellhorn: Ich finde halt, dass es etwas schwierig ist, in Österreich von Neoliberalismus zu reden – in einem Land, das 52 Prozent des BIP an Staatsausgaben und eine Steuern- und Abgaben-



Wo gibt es beim Sozialstaat und bei den öffentlichen Finanzen Reformbedarf? Wie steht es um die Krisenbewältigung? Bei diesen Fragen wurde die Diskussion zwischen Markus Marterbauer und Franz Schellhorn lebendiger.



quote von 44 Prozent hat. Ich glaube, dass man in Österreich mit „liberal“ seine Schwierigkeiten hat.

Marterbauer: Auch in der Wirtschaftspolitik? Wenn man es breit definiert, waren Keynes und Hayek beide liberal. Es sind unterschiedliche Ausprägungen von Liberalismus gewesen, halt sozialliberal versus neoliberal oder welches Präfix man immer vor das andere Liberal hängt. Wenn man nur von Wirtschaftspolitik spricht, haben Keynes und Hayek in Österreich eine große Bedeutung.

Schellhorn: Keynes ist sicher zu den liberalen Ökonomen zu zählen, auch nicht zu den schlechtesten. Was man in Österreich jetzt halt ganz gut sieht: dass seine Rezepte auch nicht unbedingt die Lösung bringen. Österreich hat in den letzten Jahren eine sehr keynesianische Krisenpolitik gefahren: Wir haben die Staatsausgaben nicht gekürzt, sondern ausgeweitet. Wir haben den Sozialstaat nicht zurückgefahren, sondern ihn mit der Mindestsicherung ausgebaut. Und jetzt stehen wir doch mit Nullwachstum und Rekordarbeitslosigkeit da. Das ist jetzt nicht die Schuld dieser Politik, die antizyklische Politik ist sicher richtig. Aber anders als von Keynes propagiert, sparen wir in guten Zeiten nicht.

Marterbauer: Der Keynesianismus hat bei uns in spezifischer Ausprägung, Austrokeynesianismus nämlich, zum Aufstieg des Landes beigetragen. Die austrokeynesianische Periode in den 1970er-

1980er- und frühen 1990er-Jahren war die erfolgreichste Periode, die wir jemals hatten. Auch die Krisenbewältigung war nicht neoliberal, sondern eher eine gemäßigt keynesianische. Das war ein Grund dafür, warum wir relativ gut durch die Krise gekommen sind. Wir sind in einer Liga mit skandinavischen Ländern oder Deutschland. Auch von den Niveaus her sind wir einer der besten Wirtschaftsstandorte Europas. Mit diesem Stolz und diesem Selbstbewusstsein sollten wir an die Bewältigung der bestehenden Probleme gehen, die sicherlich vielfältig sind.

Schellhorn: Den Befund, wir sind abgesandelt, kann ich auch nicht teilen. Ich sehe nur, dass der Wirtschaftsstandort deutlich stärker unter Druck ist als in den letzten Jahren. Ich glaube, dass man den Abwärtstrend unterschätzt.

Marterbauer: Wichtig sind die Fakten, und gerade was den Standort betrifft, stehen wir mit der vierthöchsten Wirtschaftsleistung pro Kopf Europas gut da. Bei der Wettbewerbsfähigkeit geht es ja meistens um den Außenhandel, und die österreichische Exportquote hat sich enorm gut entwickelt: Beim EU-Beitritt hatten wir 35 Prozent Exportanteil am BIP und jetzt liegen wir bei 55 Prozent.

Wir haben zwar extrem viele Herausforderungen, aber die sind viel leichter zu bewältigen, wenn man mit einem gewissen Selbstbewusstsein auftritt. Stimmungen, wie sie in Rankings zum Ausdruck kommen, können sehr leicht self-fulfilling werden: Wenn die Unternehmer glauben,

der Standort ist schlecht, dann investieren sie nicht. Und wenn sie nicht investieren, entwickelt sich die Wirtschaft schlecht und der Standort wird wirklich schlecht.

Schellhorn: Ich glaube nur nicht, dass die Unternehmer deshalb nicht investieren, weil ihnen das Ranking sagt, dass die Stimmung schlecht ist, sondern dass sich umgekehrt die Stimmung in der Unternehmerschaft in Rankings niederschlägt. Einiges mag überzeichnet sein, aber wir waren 2007 auf dem Sprung in die Top 10 und sind dann zurückgereiht worden, weil man sich zu lange auf den Lorbeeren ausgeruht hat.

Marterbauer: Internationale Organisationen können seit Jahrzehnten nicht erklären, warum eine Wirtschaft wie die österreichische überhaupt so gut funktionieren kann. Sie unterschätzen völlig, wie wichtig der Sozialstaat für ein gutes Wirtschaftsklima ist, zum Beispiel durch funktionierende kollektive Lohnverhandlungen. Das WEF etwa hält dies für ein Problem, weshalb wir beim Thema Arbeitsmarkt in seinem Ranking unverhältnismäßig weit hinten liegen. Na, gerade das ist eine Stärke und für die Unternehmer ein enormes Asset! Denn weil sie sich darauf verlassen können, dass in vernünftiger Weise Löhne ausverhandelt werden, haben sie niedrige Transaktionskosten.

Schellhorn: Stimmt. Aber die Staatsgebarung wird sehr kritisch beurteilt, und das kann ich nachvollziehen: Wenn das Budget seit 1945 66-mal im Minus war

und viermal im Plus, das letzte Mal 1962, dann würde Keynes den Finanzminister zur Rede stellen. Es soll in guten Zeiten eben nicht so sein, dass man sagt: Jetzt muss man alle am Erfolg beteiligen. Wir haben in Österreich völlig das Bewusstsein verloren, dass ausgeglichenes Haushalten nichts Negatives ist. In konjunkturell schlechten Zeiten zu sparen ist der schlechteste Zeitpunkt, aber offensichtlich der einzig mögliche.

Auch gegen den Sozialstaat sagt niemand etwas. Sein Sinn sollte aber eigentlich sein, die ungleichen Startbedingungen auszugleichen. Mit der Zeit aber müssen mehr Leute das System tragen und nicht immer mehr Leute aus dem System entnehmen. Aber wir schaffen es nicht, eine größere Anzahl von Menschen zu ermächtigen, sondern gehen sehr stark auf die Daueralimentierung.

Marterbauer: Ich glaube auch, dass wir einen erheblichen Reformbedarf im öffentlichen Sektor haben. Ich würde ihn aber nur zum Teil in der Frage Defizit oder Überschuss sehen. Und so schlecht sind wir von der Staatsverschuldung her nicht: Wir waren bei Beginn der Krise bei 65 Prozent des BIP, das ist so wie Deutschland und der Euroraum.

Den größten Reformbedarf sehe ich im Föderalismus. Es ist absurd, in einem so kleinen Land neun Bauordnungen zu haben, jetzt haben wir sogar wieder neun Militärmusikkapellen – eine große Errungenschaft!

Schellhorn: Ich stimme zu. Die Frage ist nur, wie man es löst.

Marterbauer: Ich sehe den Bund als wichtige Ebene, vor allem in der Stabilisierung- und Verteilungspolitik, und die Städte und Gemeinden, weil sie ganz nahe am Bürger und an der Bürgerin sind. Diese Ebenen sollte man stärken.

Was aber den Sozialstaat betrifft, haben wir ganz unterschiedliche Einschätzungen. Ich glaube, dass er einer der größten Erfolge der Wirtschaftsgeschichte ist. Natürlich muss er dauernd an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Aber in den Sozialstaat zahlen alle ein und bekommen alle etwas heraus – und das ist seine große Stärke. Der Sozialstaat ist zudem eine Ursache

für den wirtschaftlichen Erfolg Österreichs, er ist die größte Errungenschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und er ist der Garant für die Freiheit der breiten Masse der Bevölkerung. Um den Sozialstaat muss man wirklich kämpfen. Ein solches Erfolgsrezept darf man auf keinen Fall aufgeben.

Schellhorn: Nur sind die Sozialausgaben mit 30 Prozent gemessen am BIP relativ hoch, und ich finde, dass man damit schon sehr viel bewältigen kann und vielleicht mehr machen könnte.

A&W: *Neoliberalen wird nachgesagt, gegen öffentliche Investitionen zu sein. Wie sehen Sie das, Herr Schellhorn?*

Schellhorn: Nicht jede öffentliche Investition ist schlecht, wie auch nicht alle öffentlichen Schulden schlecht sind. Es ist immer nur die Frage, wofür man das Geld ausgibt. Und wir sind halt sehr stark in Richtung Staatskonsum unterwegs.

Marterbauer: Was ist öffentlicher Konsum? Das sind die LehrerInnengehälter, Familienbeihilfen oder Pensionen. Ein guter Sozialstaat kommt auch in hohen öffentlichen Konsumausgaben zum Ausdruck. Bei den öffentlichen Investitionen muss man ganz genau schauen, welche effizient und sinnvoll sind. Aber in Österreich liegen sie bei drei Prozent des BIP und damit um einen Prozentpunkt höher als in Deutschland. Ein Drittel wiederum geht in Forschung und Entwicklung; Das ist unglaublich viel, und das halte ich für ganz gescheit.

Schellhorn: Ich bin nicht unbedingt ein Anhänger der These, dass das alles der Staat machen muss.

Ich hätte ja gern, dass mehr Menschen in Österreich Wohnungseigentümer wären. Da wäre mir sogar mehr Verschuldung von privaten Haushalten lieber, als dass man zum Staat um eine billige Wohnung betteln gehen muss. Und wenn der österreichische Sozialstaat jedem eine Gemeindewohnung anbietet, der bis 3.170 Euro netto verdient, dann halte ich das einfach für pervers. Ich finde, diese sollten eher denen zur Verfügung stehen, die sie wirklich brauchen, und nicht jenen, die sich halt unter dem Argument der

sozialen Durchmischung günstige Wohnungen krallen.

In einem guten Sozialstaat könnte jeder, der eine Karriere im Einkommensbereich gemacht hat, gerne im Gemeindebau bleiben. Aber dann sollte er mehr Miete zahlen und mit diesen höheren Mieten baut man wieder neue Gemeindewohnungen oder investiert das Geld woanders. Dass 90 Prozent in Österreich theoretisch in den Genuss einer Gemeindewohnung kommen, halte ich eher für eigenartig. Da wäre es mir wie gesagt lieber, wir hätten mehr Eigentum. Das würde auch unsere Vermögensstatistiken wieder deutlich verbessern.

Marterbauer: Das Recht auf Wohnen ist ein elementares Recht im Sozialstaat. Ich bin deshalb der Meinung, dass die Wohnraumversorgung öffentlich organisiert werden muss. Bei uns läuft das ja viel stärker über den genossenschaftlichen Wohnbau als über Gemeindewohnungen. Das halte ich an sich für ein sehr gutes System. Es bedeutet im Wesentlichen, dass man einen öffentlichen Wohnungs-Stock organisiert, der nicht individuell vererbt wird, sondern an neue Generationen an Wohnungssuchenden weitergegeben werden kann. Außerdem hat es uns diese enormen Schwankungen bei den Immobilienpreisen erspart.

A&W: *In der Krise fiel immer wieder das Stichwort „too big to fail“. Wie passt das mit kapitalistischen Ansprüchen zusammen?*

Schellhorn: Gar nicht. Ich finde, dass das einer der größten Fehler war und auch eine der zentralen Lehren aus der Krise: Zwar sollte man Banken nicht in die Pleite gehen lassen, aber auch nicht die Aktionäre schützen. Denn wenn sie mit dem eigenen Vermögen untergehen, wenn etwas schiefläuft, dann ist das die wirksamste Form der Regulierung.

Eine zweite Lehre ist, dass es keine gute Idee ist, dass man wie in Amerika Menschen – wenn auch aus einem guten politischen Motiv heraus – Wohnraum verschafft, die über keine Einkommen und über kein Vermögen verfügen.

Marterbauer: Für mich sind die Lehren aus der Krise: dass sie vom Finanzsektor



Der Wirtschaftsstandort Österreich ist nicht abgesandelt, staatliche Investitionen können sinnvoll sein und der Sozialstaat soll Ungleichheiten ausgleichen: Darin konnten sich die beiden Diskutanten einig.

ausgegangen ist. Und dass sie ein enormes Politikversagen zum Ausdruck gebracht hat, weil die Deregulierung des Finanzsektors ja in Europa und den USA seit den 1980er-Jahren Programm war.

Ich glaube zwar, dass es leider notwendig war, die Banken im Jahr 2008 zu retten, denn wenn man die Banken in so einer schwierigen Situation in Konkurs gehen lässt, hat das Dominoeffekte und das ganze Wirtschaftssystem bricht zusammen – das ist eine Lehre aus den 1930er-Jahren. Aber die Rettung, ohne die Aktionäre heranzuziehen, war falsch.

Die größte Lehre: Der Finanzsektor muss ein dienender Sektor für die Realwirtschaft sein. Die ganzen Spompanadeln, die wir auf den Finanzmärkten hatten, sodass das ganze zu einem großen Casino wurde: Das treibt die Realwirtschaft in den Ruin, und das gilt es zu verhindern. Der Finanzsektor muss systematisch verkleinert werden und auf die Rolle zurückgeführt werden, die wichtig ist, nämlich die Finanzierung von realwirtschaftlichen Aktivitäten.

Schellhorn: Aber im Moment haben wir eine Regulierungsasymmetrie, nämlich dass die am Markt etablierten Banken zu Tode reguliert werden – das wird übrigens auch die nächste Krise nicht verhindern – und dass wir einen sehr starken nicht regulierten Bereich haben, der jetzt auf den Markt drängt, auch mit der Digitalisierung. Im Finanzsektor ist viel schiefgelaufen, weil man nicht mehr gewusst hat, welche Produkte man über-

haupt verkauft. Aber man kann die Politik nicht total aus dem Spiel lassen: Immerhin war es Clinton, der gesagt hat, jeder amerikanische Bürger habe Anspruch auf Wohnraum. Das war ein politischer Fehler, der dann von vielen Fehlern im Finanzbereich verstärkt wurde. Ich glaube nicht, dass man sich der Illusion hingeben soll, durch Regulierungen ließen sich weitere Krisen verhindern.

A&W: *In einem Text der Agenda Austria heißt es: „Was wir von Griechenland lernen können.“ Was ist damit gemeint?*

Schellhorn: Dass wir den Griechen Dinge vorschreiben, die wir selber nicht umgesetzt haben. Zum Beispiel haben die Griechen innerhalb kürzester Zeit eine Pensionsreform auf die Beine stellen müssen, man hat ihnen die komplette Sonntagsöffnung vorgeschrieben und so weiter.

Marterbauer: Ich glaube, dass man diesen Unfug weder selber machen noch den Griechen vorschreiben sollte. Das Ergebnis der Austeritätspolitik waren tiefe Wirtschaftseinbrüche und ab 2010 Massenarbeitslosigkeit.

Schellhorn: Bloß wenn in jedem einzelnen Jahr in Europa die Ausgaben deutlich stärker steigen als die Einnahmen, dann sehe ich die Austeritätspolitik nicht, sondern das ist das Gegenteil davon.

Marterbauer: Die Meinung würde ich nicht teilen, weil man nicht einfach Aus-

gaben und Einnahmen gegenüberstellen kann. Die Einnahmen hängen ja an der Wirtschaftsentwicklung, also am BIP. Und wenn man eine Unterauslastung der Kapazitäten hat, also eine schlechte Wirtschaftsentwicklung, bleiben die Einnahmen niedrig, die Ausgaben, die laufend anfallen, bleiben aber gleich hoch. Das heißt, ich habe immer höhere Defizite als Folge der Krise.

In Europa wurde in den letzten Jahren eine völlig falsche Wirtschaftspolitik gemacht. Wenn man aufgrund der Finanzkrise eine derart starke Unterauslastung und einen derart starken Anstieg der Arbeitslosigkeit hat, dann bedeutet antizyklische Politik, dass man investieren muss. Jetzt wäre das richtige Rezept für die europäischen Staaten, gemeinsam in die Infrastruktur zu investieren. Dann sehen die Unternehmer, die Absatzerwartungen steigen wieder, und beginnen zu investieren, und so könnte man aus der Krise herauskommen. Leider ist Europa völlig auf dem anderen Dampfer. Hier bräuchten wir wirklich einen Kurswechsel. Das Ziel müsste sein, dass die privaten Investitionen wieder anziehen und so Beschäftigung und Einkommen entstehen.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Der Mythos der Unabhängigkeit

Neoliberale Thinktanks sind mit finanzkräftigen Privaten und Wirtschaftsverbänden bestens vernetzt. Ihr Einfluss ist groß, wie die Debatte über die Pensionen zeigt.

Stephan Pühringer und Christine Stelzer-Orthofer
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik,
Johannes Kepler Universität Linz

In den letzten Jahren traten vermehrt neoliberale Thinktanks als Akteure im gesellschaftspolitischen Diskurs in Erscheinung. Wiewohl immer wieder betont wird, dass sie autonom und politisch unabhängig agieren, sind sie in bestehenden Netzwerken finanzkräftiger privatwirtschaftlicher AkteurInnen und wirtschaftlicher Interessenvertretungen bestens verankert. Sie sind international und medial gut vernetzt und beeinflussen die österreichische sozialpolitische Diskussion immer mehr. Neoliberale Thinktanks argumentieren dabei auf der Basis einer **dichotomen** Gegenüberstellung: hier ein „ineffizienter, bürokratischer, teurer Staat“, dort ein „effizienter, selbstregulierender, freier Markt“.

Das Beispiel Agenda Austria

Die Thinktank-Forschung unterscheidet drei Kategorien: Neben „akademischen Thinktanks“, die eng mit Wissenschaft und Unis zusammenarbeiten, sind nicht- oder semi-staatliche in der politikberatenden Auftragsforschung tätig. „Advokatorische“ Thinktanks hingegen weisen eine klar zuordenbare ideologische Ausrichtung auf, auch wenn im Außenauftritt die „Unabhängigkeit der Expertise“ betont wird. Sie versuchen ihre weltanschaulichen Prinzipien medial und politisch zu vermarkten. Dieser Kategorie kann etwa die 2013 auf Initiative der Industriellenvereinigung gegründete Agenda Austria zugeordnet werden. Sie ist als

moderner neoliberaler Thinktank medial bestens vernetzt und darauf fokussiert, marktliberale Argumentationen zu verbreiten. Der Förderkreis setzt sich aus finanzkräftigen Finanz-, Industrie- und Handelsunternehmen zusammen, weshalb die Agenda Austria im Zuge ihrer Gründung auch als „Denkfabrik der Millionäre“ bezeichnet wurde. Dabei orientiert sich die Agenda Austria an der etwa 15 Jahre älteren Avenir Suisse, zu der enge personelle Verbindungen bestehen und deren neoliberale Programmatik man „austrifizieren“ möchte.

Enge Verflechtung

Durch eine Netzwerkanalyse lässt sich die enge institutionelle und personelle Verflechtung der in Österreich agierenden neoliberalen Thinktanks gut veranschaulichen. Dabei zeigt sich zunächst eine breite internationale Vernetzung des Hayek-Instituts mit zentralen Knoten des globalen neoliberalen Netzwerks. Im Zentrum steht hier die 1947 in der Schweiz von Friedrich Hayek gegründete Mont Pèlerin Society (MPS), die bis heute gleichsam als „neoliberale Internationale“ fungiert und eine langfristige Strategie zur Durchsetzung neoliberaler Ideen verfolgt.

Über eine Reihe von verbindenden Personen und Institutionen (sogenannten „interlocking directorates“) bestehen aber auch enge Vernetzungen zwischen dem Hayek-Institut und der Agenda Austria. Im Vergleich zum Hayek-Institut sind mit der Agenda Austria relativ mehr AkteurInnen aus der Wissenschaft verbunden, trotzdem sind hier ebenso enge

Verbindungen zu Wirtschaftsverbänden bzw. der Privatwirtschaft vorhanden. Generell zeigt sich, dass sowohl die Agenda Austria als auch das Hayek-Institut gut in bestehenden Netzwerken neoliberaler Thinktanks verankert sind.

Agenda: Rückbau des Sozialstaates

Diese internationale und nationale Verankerung und Vernetzung ermöglicht und erleichtert es, die „Agenda zum Rückbau sozialstaatlicher Sicherung“ zügig voranzutreiben. Ein maßgeblicher Teil dieser Strategie basiert im Konkreten auf der Verunsicherung jener, die auf die sozialstaatliche Absicherung vertrauen. Deutlich wird dies am Beispiel der laufenden Debatte über die Pensionsreform.

Die Vorschläge einer vom Finanzminister 2015 beauftragten ExpertInnengruppe zur langfristigen Finanzierung unseres Pensionssystems sind weitgehend ident mit jenen der Agenda Austria: rasche Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters, Koppelung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an die steigende Lebenserwartung (Pensionsautomatik) bzw. Anpassung der Pensionshöhe an die steigende Lebenserwartung, Erhöhung der Pensionsbeiträge oder Begrenzung des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung. All diese Optionen laufen auf einen substanziellen Abbau hinaus, Altersarmut ist dabei vorprogrammiert. Insbesondere die Pensionsautomatik steht bei der Agenda Austria hoch im Kurs, da durch die geplante Koppelung der (steigenden) Lebenserwartung mit dem Pensionsantrittsalter – so wird argumentiert – weder Parteien noch Politik für Leis-

tungskürzungen zur Rechenschaft gezogen werden können. Hierfür wird oftmals auf das „Schwedische Modell“ verwiesen, das ebenso auf einer automatischen Anpassung der Pensionszahlungen basiert. Allerdings reagierte die schwedische Regierung seit der Finanzkrise laut einer OECD-Studie fünfmal mit Steuerreduktionen auf „automatische“ Pensionskürzungen.

Der Verweis der Agenda Austria auf eine „schwedische Pensionsautomatik“, die verhindern sollte, dass Pensionen „Spielball der Politik“ werden, verkennt, dass angesichts der Notwendigkeit staatlicher Interventionen in Schweden wohl kaum von einem „Automatismus“ gesprochen werden kann. Zudem wird in der Argumentation der Agenda Austria der statistisch signifikante Zusammenhang zwischen Lebenserwartung und sozialer Ungleichheit ignoriert.

Ebenso wenig wird thematisiert, dass die Vorschläge letztlich zu einer Umverteilung von unten nach oben in der Alterssicherung beitragen würden. Unbeachtet bleiben Alternativstrategien zur nachhaltigen Sicherung der Pensionen wie beispielsweise die Einbeziehung aller Bereiche der Wertschöpfung in die Finanzierung sozialer Sicherheit. Die Zukunft und das Ausmaß von Sozialstaatlichkeit werden maßgeblich von dem bestimmt, was der Schweizer Soziologe Franz-Xaver Kaufmann als die „kulturelle Herausforderung“ bezeichnet. Gemeint ist damit, dass wohlfahrtsstaatliche Sicherung auf einem weitgehend gemeinsamen sozialstaatlichen Wertegerahmen aufbaut. Agen-

Sie behaupten gerne, autonom und unabhängig zu agieren. Doch sind neoliberale Thinktanks wie die Agenda Austria oder das Hayek-Institut gut in internationalen Netzwerken verankert – und es gibt enge Verbindungen zu Wirtschaftsverbänden bzw. der Privatwirtschaft.



da Austria und andere Thinktanks setzen hier an und versuchen, eine ideologische Spaltung voranzutreiben, die letztlich dazu beitragen soll, sozialstaatliche Sicherung als ineffizient und leistungshemmend zu diskreditieren und mittels marktradikaler Ansätze soziale Polarisierung und soziale Ungleichheit in die Mitte der österreichischen Gesellschaft zu tragen. Die starke Verankerung und Vernetzung mit finanzkräftigen privatwirtschaftlichen AkteurInnen – verbunden

mit einer hohen medialen Resonanz – lassen weitere Angriffe auf Ausmaß und Grad der österreichischen Sozialstaatlichkeit befürchten.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
christine.stelzer-orthofer@jku.at
stephan.puehringer@jku.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

PS: Von Vorwürfen der Unwissenschaftlichkeit ...

In den vergangenen Wochen haben wir erfahren müssen, auf welche Weise die Agenda Austria auf die Analyse der institutionellen und personellen Struktur der Agenda Austria und ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzungen reagiert.

So wird unser Beitrag in der SWS-Rundschau (1/2016), der sich dem Phänomen neoliberaler Thinktanks in österreichischen sozial- und wirtschaftspolitischen Debatten

widmet, pauschal als „nicht von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn motiviert“ diskreditiert.

So sehen die AutorInnen der Agenda Austria im Umstand, dass (i) Veit Sorger, langjähriger Vorsitzender der Industriellenvereinigung (IV), nun im Vereinsvorstand der Agenda Austria und dort (ii) auch Senatspräsident für Fundraising ist, dass (iii) die drei letzten Präsidenten der IV im finanziellen

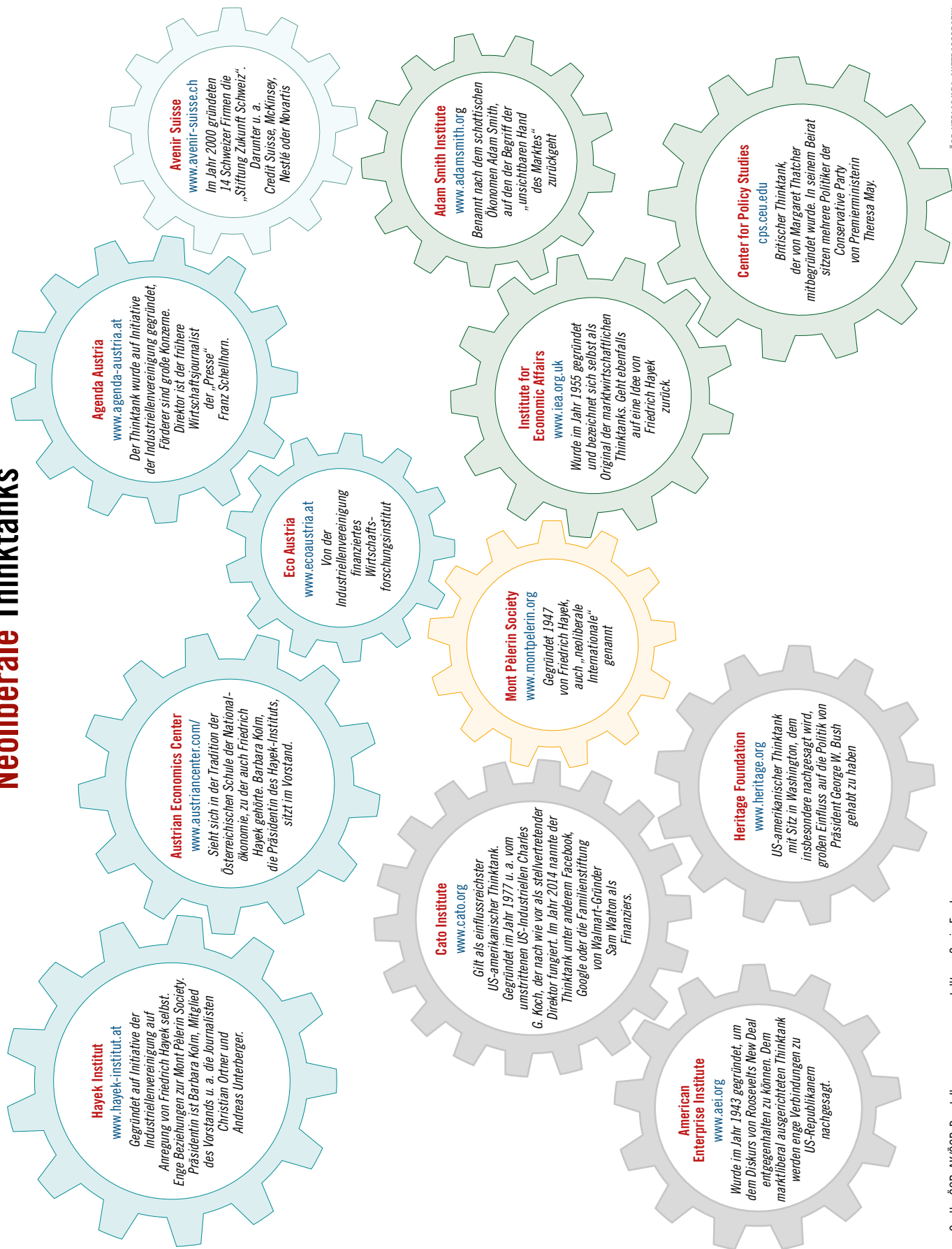
Förderkreis der Agenda Austria sind, keine hinreichenden Indizien dafür, dass hier eine (finanzielle) Verbindung bestehe.

Stefan Pühringer, Christine Stelzer-Orthofer: Neoliberale Think-Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen, in SWS-Rundschau 1/2016, Neoliberale Sozialpolitik und ihre Alternativen, online abrufbar unter:
www.sws-rundschau.at

Die A&W-Informationslandschaft



Neoliberale Thinktanks



ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

Arbeit&Wirtschaft 6/2016

Quelle: ÖGB, AK/ÖGB-Darstellung, zusammengestellt von Sonja Fercher

Privatisierungen: Druck und Gegendruck

Derzeit gibt es zwei widerstreitende Entwicklungen um die Wasserversorgung in Europa: einerseits steigenden Liberalisierungsdruck seitens der Europäischen Union, andererseits eine „Renaissance der Kommune“ durch die vermehrte Rückführung von Leistungen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand.

Steigender Liberalisierungsdruck: Durch den Abschluss von Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA geraten öffentliche Dienstleistungen stärker unter Druck. Aber auch die EU selbst macht Druck in diese Richtung. Zuletzt versuchte die Kommission, über die Konzessionsrichtlinie die Marktöffnung bei der Wasserversorgung zu forcieren – und scheiterte am Widerstand der BürgerInnen. 1,9 Millionen Menschen aus 14 Mitgliedstaaten sprachen sich im Jahr 2013 in der europäischen BürgerInnen-Initiative „Right2Water“ gegen die Liberalisierung von Wasserdienstleistungen aus, darunter 63.000 ÖsterreicherInnen. Erfolg der Initiative: Zumindest bis 2020 ist die Wasserversorgung aus der Richtlinie ausgenommen.

Hohe Preise, schlechte Qualität: PrivatisierungsbefürworterInnen argumentieren häufig mit Preissenkungen und besserer Qualität. Erfahrungen aus Ländern mit privater Wasserversorgung widerlegen das jedoch. In London etwa führte das lecke Leitungsnetz zu Wasserverlusten von über 20 Prozent, zu schlechtem Wasserdruck und rostbraunem Trinkwasser. Wer die Wasserrechnung nicht bezahlen konnte, dem wurde der Wasseranschluss gesperrt. In Bordeaux stieg der Wasserpreis nach der Privatisierung in drei Jahren um 30 Prozent. Fehlende Investitionen in die Infrastruktur und die mangelhafte Wartung der Rohre verschmutzten das Trinkwasser und gefährdeten die Gesundheit der Bevölkerung. In Budapest verdoppelte sich der Wasserpreis innerhalb von fünfzehn Jahren.

Zunehmende Rekommunalisierung: Die negativen Erfahrungen mit privaten Wasserdienstleistern führen in immer mehr Gemeinden zum Umdenken. Vor allem soziale Bewegungen und politische Parteien sind der Motor der zunehmenden Rekommunalisierung, so zum Beispiel in Berlin (2013), Bordeaux (ab 2019), Grenoble (2000) oder Paris (2010). Mittlerweile haben in Frankreich mehr als 40 Kommunen die Wasser- und Abwasserentsorgung wieder rückübertragen.

Wiens „Wasserfabrik“ in den Alpen

Der Weg des Wiener Wassers zeichnet die internationale Erfolgsgeschichte einer öffentlich-rechtlichen Dienstleistung. Eine rauschende Reportage entlang der I. Wiener Hochquellenleitung.

Text: Irene Steindl | Fotos: Michael Mazohl

Weisse Quellwolken verdichten sich über dem kleinen Ort Kaiserbrunn zwischen Rax und Schneeberg. Regen ist in den Ostalpen so gewiss wie das Amen im Gebet. Alles, was sich hier über den Bergen ergießt, wird von diesen gefiltert, um später aus Wiens Wasserleitungen zu fließen. Denn hier, mitten in den niederösterreichischen Kalkalpen, liegt auf 522 Höhenmetern Wiens legendäre „Wasserfabrik“.

Selten werden WienerInnen außerhalb ihrer Stadtgrenzen so freundlich empfangen wie in Kaiserbrunn, wo die Stadt Wien im Zuge der Wasserversorgung zahlreiche Menschen beschäftigt. Auch Astrid Rompolt ist hier immer gerne gesehen. Als Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit von Wiener Wasser sorgt sie seit zwanzig Jahren dafür, die Qualität des Trinkwassers aus den Alpen im Bewusstsein der WienerInnen zu verankern. Ein- bis zweimal im Jahr fährt Rompolt die beiden Wasserleitungsmuseen entlang der Wiener Hochquellenleitungen ab und wird dabei nicht müde, JournalistInnen und PolitikerInnen Geschichte und Fakten über das weiße Wiener Gold zu erzählen. Dabei stößt sie auch außerhalb Österreichs auf interessierte Ohren. Ein japanisches Kamerateam hat Rompolt ge-

rade in Beschlag genommen, um eine Reportage über das Wiener Wasser für das japanische Fernsehen zu drehen. „Für viele ist es schwer vorstellbar, dass dieses Gebirgswasser 90 Kilometer weiter nördlich ohne Zusatzstoffe 1,8 Millionen Einwohner in Wien versorgt“, so Rompolt.

143 Jahre Wiener Alpenwasser

Vor dem Wassermuseum in Kaiserbrunn lockt ein Trinkbrunnen die BesucherInnen zu einer Kostprobe des kühlen Gebirgswassers. „Das Wasser hat aktuell sechs Grad Härte“, erklärt Eva Tauchner, die unter anderem das Kaiserbrunn-Museum betreut. „Die meisten mögen das. Mir ist es eine Spur zu weich.“ Mit sechs bis elf Grad Härte

„Je gesünder die Vegetation, umso besser das Wasser.“

Astrid Rompolt

hat Wien eines der weichsten Wasser in Österreich. Oder anders gesagt: wenig Kalk, was wiederum Wasch- und Spülmaschinen guttut. An den Wochenenden erläutert Tauchner den Museumsgästen anhand der Schautafeln den Weg des Wassers durch die Alpen in die Stadt. Vor knapp 150 Jahren hat hier in Kaiserbrunn die Geschichte ihren Lauf genommen, als der Wiener Gemeinderat 1869 aufgrund der katastrophalen Trinkwassersituation in Wien den Bau



Mitten im Nirgendwo thront in Neusiedl am Steinfeld der größte Wasserbehälter Europas mit einem 306 Meter langen Rohrtunnel.



Temperatur, Fließgeschwindigkeit, Trübungswerte: Peter Polleres sorgt dafür, dass nur klares Trinkwasser seinen Lauf nach Wien nimmt.

der I. Hochquellenleitung in die Wege leitete. Schon davor ließ sich Kaiser Karl VI. auf Empfehlung eines Arztes den gesunden Gebirgstrunk auf einem Dreitaigesritt nach Wien bringen.

Insgesamt 70 Quellen werden im Gebiet Schneeberg/Rax in Niederösterreich und im steirischen Hochschwabgebiet gefasst, kontrolliert und deren Wasser über zwei Hochquellenleitungen nach Wien transportiert, um die Stadt täglich mit bis zu einer halben Milliarde Liter Wasser zu versorgen. Mit dem Bau der II. Hochquellenleitung von 1900 bis 1910 hat die Gemeinde dem rasanten Bevölkerungszuwachs in Wien Rechnung getragen. Das Besondere daran: Auf der gesamten Strecke bis nach Wien ist keine einzige Pumpe im Einsatz, das Wasser fließt nur durch natürliches Gefälle mit einem Höhenunterschied von 276 Metern.

Sanfter Tourismus und Bodenschutz

Das habe den Vorteil, dass die Wasserversorgung der Stadt auch bei einem Stromausfall gewährleistet ist, so Tauchner. Das kleine Museum ist eingebettet in ein riesiges Waldgebiet, umzäunt von

den Spitzen der 2000er-Gebirgskette. Den BesucherInnen scheint der beißende Wind nichts auszumachen, solange die Sonne scheint. Einige Wanderer haben ihre Autos vor der Gastwirtschaft mit der Aufschrift „Wiener Küche“ geparkt. Trotz der verlockenden Aussichten tummeln sich hier relativ wenige TouristInnen. Das hat einen Grund: Große Teile der Wassereinzugsgebiete sind im Eigentum der Stadt Wien, und um die Wasservorkommen zu schützen,

„Die Materialien müssen vor allem trinkwassertauglich sein und schnell trocknen.“

Gerald Dorn

sanfter Tourismus und ressourcenschonende Forstwirtschaft erlaubt sind. Forststraßenbau, Bodenschutz, die Wahl und Nutzung der Bäume – alles obliegt strengen Regeln zugunsten der Trinkwasserqualität. „Je gesünder die Vegetation, umso besser das Wasser“, sagt Rompolt. Daher muss das Quellwasser nicht extra aufbereitet werden. Das Gestein, der Boden und die unterirdischen Klüfte wirken wie ein natürlicher Filter.

„Einfach das Wasser länger laufen lassen oder es ein paar Minuten in den Kühlschranks stellen ...“

Walter Pichler

Die Stadt greift dafür tief in ihre Taschen: 15 Millionen Euro fließen jedes Jahr allein in die Schonung der Flächen. Darunter fällt auch so manch skurrile Maßnahme. Vor einigen Jahren etwa hat ein Blitz zehn Kühe getötet. Sie wurden mit dem Hubschrauber ausgeflogen, damit sie den Boden nicht verseuchen. Doch so seltsam es klingen mag: „In Quellschutzgebiete zu investieren ist eine der nachhaltigsten und schlauesten Vorsorgen, um gute Trinkwasserqualität zu gewährleisten“, meint die AK-Wasserexpertin Iris Strutzmann. „Private Anbieter würden das wohl kaum investieren.“ Es ist nur einer der Gründe, weshalb sie gegen die Privatisierung der Wasserversorgung ist.

Europas größter Wasserbehälter

Szenenwechsel. Von Kaiserbrunn, wo das Wasser gefasst, kontrolliert und in Transportrohre geleitet wurde, geht es eine Dreiviertel-Autostunde weiter nach Neusiedl am Steinfeld, vorbei an dünn besiedelten Landschaften, Sonnenblumenfeldern und endlosen Baumalleen. Ausgerechnet hier, mitten im Nirgend-



Das Badener Aquädukt erstrahlt heute in neuem Glanz. 2015 wurde es um zehn Millionen Euro generalsaniert, nachdem Sonne, Regen und Frost der letzten 140 Jahre ihm schwer zugesetzt hatten.



Gerald Dorn koordiniert viermal im Jahr die Abkehr im Aquädukt Baden. Dann heißt es Rohre waschen, Risse verfugen und Rohnähte schweißen. Von den regelmäßigen Wartungen hängt die Qualität des Trinkwassers ab.

wo, thront im Stillen der größte Trinkwasserspeicher Europas mit einem Fassungsvermögen von 600.000 Kubikmetern. „Bei seiner Eröffnung 1959 war er der größte weltweit“, erzählt Peter Polleres. Er ist einer von sechs Kollegen, die in Neusiedl den Verlauf des Wassers zwischen Ternitz und Wien überwachen und steuern. 24 Stunden, sieben Tage die Woche. Jegliches Wasser aus der I. Hochquellenleitung, das nach Wien will, muss hier vorbei. Auf den zehn Bildschirmen in der Steuerzentrale werden Wasserstand, Temperatur, Fließgeschwindigkeit und Trübungswerte sowie Zu- und Abfluss des Wassers in den vier Kammern gezeigt. Ist das Wasser zum Beispiel aufgrund von Starkregen zu sehr getrübt, leitet Polleres es rechtzeitig aus, bevor es Neusiedl erreicht. Seit 22 Jahren ist er bereits in Neusiedl beschäftigt, wartet Stollen und mäht den Rasen der 18 Hektar großen Wiesenfläche oberhalb des Behälters. Immer wieder kommen auch Leute hierher, so Polleres, um Wasser aus dem Trinkbrunnen in Kanistern abzufüllen. Es sei deutlich besser als das in Neusiedl oder aus dem Supermarkt. Warum dann auch in Wien

„In Quellschutz und öffentliche Netze zu investieren, bringt vielen Generationen etwas.“

Iris Strutzmann

viele Leute stilles Wasser in Flaschen kaufen? „Keine Ahnung“, meint der bärtige Mittfünfziger achselzuckend. Vielleicht wüssten viele WienerInnen nicht, wo ihr Trinkwasser herkommt. Für ihn ist es eine Selbstverständlichkeit, dieses Wasser zu trinken: „Das ist halt wie mit dem Strom. Der kommt aus der Steckdose, das Wasser aus der Leitung.“

Zeugen einer vergangenen Epoche

Nach einer weiteren Qualitätskontrolle ist das Wasser in Neusiedl nun bereit für seine abenteuerliche Weiterreise. Das meiste fließt unterirdisch unter den Weinbergen der Thermenregion hindurch. Nur zum Queren der Täler wird es über Aquädukte geleitet. Insgesamt 30 monumentale Bauten ragen entlang der I. Hochquellenleitung wie Zeugen aus einer anderen Epoche aus der Landschaft. Einer dieser Bauten steht in Baden, 30 Kilometer südlich von Wien. Hier übernehmen Gerald Dorn und sein Team die Kontrolle über den Weg des Wassers durch das 840 Meter lange Aquädukt. Zwischen 2012 und

2015 wurde es erstmals seit seiner Eröffnung im Jahr 1873 generalsaniert. Sonne, Regen und Frost der letzten 140 Jahre haben Ziegeln und Naturstein schwer zugesetzt. Heute erstrahlt es in neuem Glanz. Kosten: zehn Millionen Euro. Auch die regelmäßigen Reinigungen und Instandhaltungen seien teuer.

Wenn viermal im Jahr die sogenannte Abkehr ansteht, wird die Wasserzufuhr für einige Tage abgeleitet. Dann heißt es Rohre waschen, Risse verfugen und Rohnähte verschweißen. „Die Materialien, die dafür in Einsatz kommen, müssen vor allem trinkwassertauglich sein und schnell trocknen“, so der Betriebsleiter. Das sei zwar aufwendig, aber notwendig. Denn von den Materialien und den regelmäßigen Wartungen hänge massiv die Qualität des Trinkwassers ab.

Kurzichtiges Sparen

Hier ließe sich leicht sparen – eine kurzsichtige Sparmaßnahme, wie Beispiele aus vielen Ländern mit privatwirtschaftlicher Wasserversorgung zeigen. In England und Frankreich etwa haben Einsparungen bei den Instandhaltungen zu Wasserverlust von bis zu 20 Prozent geführt. Kompensiert wurden die Verluste, indem



stark chloriertes Grundwasser eingespeist wurde. Die Folgen sind nachhaltig: schlechte Wasserqualität, beschädigte Rohre und langfristig höhere Preise für die KonsumentInnen. „Die Wasserverluste sind ein wichtiger Parameter für die Qualität der Rohrnetze“, so AK-Expertin Strutzmann. Mit elf Prozent Wasserverlusten gehört Wien zu den unteren Spitzenreiterinnen.

3.000 Kilometer durch die Stadt

Von Baden geht es weiter nördlich in den 13. Wiener Gemeindebezirk, genauer gesagt zu Wiens ältestem Wasserbehälter am Rosenhügel. Mit dem Auto ist man von Kaiserbrunn zwölfmal schneller hier als das Wasser, das nun eine 24-stündige Reise hinter sich hat. Am Rosenhügel, dem Ende der I. Hochquellenleitung, schlängelt sich das kühle Nass mäanderartig durch sechs Kammern und muss sich weiteren Qualitätskontrollen unterziehen, bevor es in über 3.000 Kilometer lange Leitungen durch den Bauch der Stadt fließen darf. Das entspricht etwa der Luftlinie von Wien nach Reykjavik.

Was aus den Wasserhähnen der WienerInnen strömt, ist zu fast 100 Prozent reines Quellwasser aus den Alpen. Nur bei extremen Wasserverbräuchen oder im Fall von Sanierungen wird Grundwasser beigefügt. Die gesamte Stadt wird nun mit dem frischen Gebirgswasser aus den niederösterreichisch-steirischen Kalkalpen versorgt. Wie kann es dann sein, dass das Wasser oberhalb der Donau anders schmeckt als in inneren Bezirken? „Das fragen viele“, lacht Walter Pichler, der als Mitarbeiter von Wiener Wasser alle 29 Wiener Wasserbehälter betreut. Das Wasser sei aber dasselbe, der unterschiedliche Geschmack komme nur daher, dass es ab und zu länger in der Leitung stehe. „Einfach das Wasser länger laufen lassen oder es ein paar Minuten in den Kühlschrank stellen. Dann hat es die ideale Temperatur von acht bis neun Grad und schmeckt, wie es schmecken soll.“

Obwohl die Stadt weiter wächst, sinkt seit drei Jahrzehnten der Wasserverbrauch kontinuierlich, erzählt Astrid Rompolt. Heute verbraucht ein Wiener oder eine Wienerin durchschnittlich

▲
Große Teile der Wassereinzugsgebiete sind zum Schutz der Wasservorkommen im Eigentum der Stadt Wien. Auf einer Fläche eineinhalbmal so groß wie die Bundeshauptstadt sind nur sanfter Tourismus und ressourcenschonende Forstwirtschaft erlaubt.

Am Rosenhügel schlängelt sich das kühle Nass durch sechs Kammern und muss sich weiteren Qualitätskontrollen unterziehen, bevor es in über 3.000 Kilometer lange Leitungen durch den Bauch der Stadt fließen darf.
▼





Seit Tagen hat es über 30 Grad in Wien. Beim Hochstrahlbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz scheint das niemanden zu stören. Das hochschießende Wasser übt auf PassantInnen eine besondere Faszination aus. Die wenigsten wissen, dass dieses Wasser aus weit entfernten Quellen aus den Alpen kommt. Der Hochstrahlbrunnen am Schwarzenbergplatz ist das Symbol für die feierliche Inbetriebnahme der I. Hochquellenleitung am 24. Oktober 1873.

130 Liter Wasser am Tag, rund ein Viertel weniger als noch vor dreißig Jahren. Der Grund: moderne Haushaltsgeräte, sparsame WC- und Bewässerungsanlagen sowie penible Dichtungsarbeiten an den Rohrleitungen. Die größte Herausforderung für die Wasserversorgung Wiens sei aber nicht etwa eine sommerliche Hitzeperiode, sondern eine großmediale Sportübertragung wie die Fußball-Europameisterschaft 2016. In den Spielpausen, wenn die ZuseherInnen die Toiletten stürmen, hat sich der Wasserverbrauch in kurzer Zeit vervierfacht, wie in den Wasserbehältern und den Statistiken der MA 31 deutlich zu sehen ist.

Privatisierung ist ein Mythos

Wiens Wasserversorgung ist zu hundert Prozent in öffentlicher Hand. „Das soll auch so bleiben“, spricht Iris Strutz-

mann die klare Position der Arbeiterkammer aus. Denn nur so könne vorsorgend gewirtschaftet werden. Vor 150

„Die größte Herausforderung ist eine Sportübertragung wie die Fußball-Europameisterschaft 2016.“

Astrid Rompolt

Jahren, mit dem Bau der I. Hochquellenleitung, hat die Stadt bereits vorausgeplant, dass sie einmal 2,5 Millionen EinwohnerInnen haben werde, und eine entsprechende Wasserversorgung sichergestellt. Heute noch kauft die Gemeinde Grundstücke und Gebiete zum Schutz der Wasserressourcen auf. „In Quellschutz und öffentliche Netze zu investieren, bringt vielen Generationen etwas“, so Strutzmann. 65 Millionen Euro investiert Wien jährlich in die Instandhaltung der Anlagen und den Quellschutz.

Um dessen einzigartige Qualität auch für künftige Generationen zu sichern, wurde das Wiener Trinkwasser im Jahr 2001 mit einer Verfassungsbestimmung geschützt. „Damit soll der Ausverkauf des ‚weißen Goldes‘ ge-



97 Prozent der WienerInnen sind laut einer SORA-Umfrage sehr zufrieden mit dem Wiener Trinkwasser. Für Astrid Rompolt ein Zeichen, dass die Wasserversorgung in der öffentlichen Hand gut aufgehoben ist.

stoppt werden“, heißt es dazu in der Wiener Wassercharta. Wirtschaftliche Maßnahmen sind demnach dem Allgemeinwohl unterzuordnen. „Vor einer europäischen Verordnung oder Richtlinie schützt diese Maßnahme freilich nicht“, mahnt AK-Expertin Strutzmann. „Aber die Charta ist ein wichtiges politisches Statement und bietet einen umfassenden Schutz durch die verfassungsrechtliche Verankerung im Wasserversorgungsgesetz.“ Eine Privatisierung des Wassers in Wien sei laut der AK-Expertin aber derzeit ohnedies unrealistisch.

Argumentarium der Stadt Wien gegen die Liberalisierung des Wassersektors:
tinyurl.com/gpfpf6d

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
Irene Steindl
irene.steindl@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das World Economic Forum (WEF) gibt jedes Jahr für eine Vielzahl von Ländern ein Wettbewerbs-Ranking heraus. Dieses definiert den Begriff Wettbewerb allerdings sehr ein-dimensional.

So könnte man der Meinung sein, dass Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zur Bewertung eine Rolle spielen sollten. Diese Variablen werden aber nicht berücksichtigt.

WORLD
ECONOMIC
FORUM

COMMITTED TO
IMPROVING THE STATE
OF THE WORLD

Jährlich grüßt das Managertier

Wettbewerbsrankings sind mit Vorsicht zu genießen: Schon die Auswahl der Daten ist fragwürdig, zudem werden ausschließlich ManagerInnen befragt.

Miriam Rehm

Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK Wien

Max Mayerhofer

Student der Volkswirtschaft an der WU Wien

Thomas und Monika füllen einen Fragebogen aus. Thomas ist Manager eines internationalen Versicherungsunternehmens, Monika Angestellte im Einzelhandel. Sie können für jede Frage auf einer Skala von 1 bis 7 Punkte vergeben, je mehr sie zustimmen, desto mehr Punkte werden sie geben.

Eine Frage betrifft den Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen in Österreich. Als Manager findet Thomas, dass in Österreich ein recht starker Kündigungsschutz herrscht. Er möchte so flexibel wie möglich kündigen und einstellen können, also gibt er die vollen 7 Punkte. Monika hingegen schätzt ein sicheres Arbeitsumfeld, in dem sie ihrer

Arbeit in Ruhe nachgehen kann, ohne sich mit Gedanken über eine plötzliche Entlassung beschäftigen zu müssen. Sie findet, in Österreich ist der Kündigungsschutz ohnehin nicht so stark ausgebaut, und vergibt 3 Punkte.

Auch ihre Meinung zur Unternehmensbesteuerung wird abgefragt. Monikas Reallohn steigt seit Jahren kaum – gleichzeitig liest sie in der Zeitung davon, dass Unternehmen ihre Gewinne in Steueroasen verlagern und dem Sozialstaat dadurch die Finanzierungsquelle mehr und mehr entzogen wird. Sie findet, dass auch die Unternehmen mit ihren steigenden Umsätzen einen größeren Beitrag leisten sollten, und vergibt daher 2 Punkte. Thomas dagegen möchte den steuerlichen Beitrag seines Unternehmens auch weiterhin gering halten. Er gibt 6 Punkte, um zu zeigen, dass er in Österreich die Unternehmenssteuern für zu hoch hält.

Der Fragebogen ist vom **World Economic Forum** (WEF), das jedes Jahr für eine Vielzahl von Ländern ein Wettbewerbsranking herausgibt. Dieses Ranking besteht neben wirtschaftlichen Daten aus Befragungen. Nur die Hälfte der bisherigen Geschichte kann sich allerdings wie eben beschrieben zugetragen haben – denn Monika wird als Arbeitnehmerin dafür in Wirklichkeit nie befragt werden.

Einseitige Sicht

Das WEF interessiert sich nämlich lediglich für die Ansichten von ManagerInnen. Nur Thomas kann also einer von circa 100 österreichischen ManagerInnen sein, die jährlich über die Fragebögen des WEF kundtun, wie ihrer Meinung nach Österreich wirtschaftlich dasteht. Da nur ManagerInnen befragt werden, ist das daraus entstehende Ran-

king ausschließlich von deren Sicht geprägt. Dabei spielen politische Interessen eine wesentliche Rolle: Fragen zur Effizienz des Staates, der Unternehmensbesteuerung oder der Lohnsetzung beispielsweise werden grundsätzlich anders beurteilt werden, wenn sie von politischen Absichten wie Steuersenkungen für Unternehmen oder einer Flexibilisierung der Löhne getrieben sind.

Außerdem stellt sich die Frage, ob die einzelwirtschaftliche Sicht von ManagerInnen überhaupt dazu in der Lage ist, den gesamtwirtschaftlichen Zustand der Volkswirtschaft zu beschreiben. Thomas wünscht sich vielleicht eine Lohnsenkung in seinem Unternehmen, da er dann mit geringeren Personalkosten seine Versicherungen billiger anbieten kann. Also wird er im Fragebogen das Lohnniveau als zu hoch angeben. Werden aber die Löhne aller ArbeitnehmerInnen gesenkt, können letztlich auch alle weniger konsumieren, Kaufkraft und Unternehmensumsatz sinken damit – Thomas wird weniger Versicherungen unter die Leute bringen. Thomas' betriebswirtschaftliche Sicht ist damit ungeeignet, einen gesamtwirtschaftlich sinnvollen Rat zu geben.

Österreich hinter Kasachstan?

Die Befragungen führen dann auch zu paradoxen Ergebnissen. Laut aktuellem Ranking etwa liegt Österreich bei der Frage nach der Verschwendung öffentlicher Ausgaben hinter Ländern wie Ghana, Libyen, Botswana oder Ruanda auf Platz 55. In Kasachstan, China, Bhutan oder dem Oman haben ManagerInnen laut Befragung ein größeres Vertrauen in Politik und Gesetzgebung als in Österreich. Und auch die Unabhängigkeit der Justiz (Österreich auf Platz 27) scheint in Saudi Arabien, Südafrika, Uruguay oder Katar besser gewährleistet zu sein. Es ist offen, ob die Antworten der ManagerInnen nicht vielleicht anders ausgefallen wären, wenn sie auch danach gefragt worden wären, wie Österreich im Vergleich zu diesen Ländern dasteht. Dennoch interpretiert das WEF dies in die Antworten hinein. Damit ist klar: Eine ernstzunehmende Vergleichbarkeit zwischen Ländern erlauben die Ergebnisse nicht. Dass das WEF zudem Befra-

gungsergebnisse, die stark von jenen der Vorjahre abweichen oder nicht ins Bild passen, einfach „bereinigt“ und sich die Daten damit so zurechtchustert, wie sie gerade benötigt werden, ist da nur das Tüpfelchen auf dem I.

Frosch- versus Adlerperspektive

Das WEF verwendet für seine Rankings zum Teil offizielle Daten wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Aber auch bei deren Auswahl kommt die einzelwirtschaftliche Froschperspektive zum Tragen. So könnte man beispielsweise der Meinung sein, dass Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zur Bewertung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit eine Rolle spielen sollten. Schließlich ist es wichtig, wie es am Arbeitsmarkt läuft: Müssen sich die Unternehmen um knappe Arbeitskräfte raufen? Oder haben viele Leute kein Arbeitseinkommen, mit dem sie Produkte nachfragen könnten? In den Wettbewerbsindex gehen diese Variablen allerdings nicht ein.

Nicht nur bei den Antworten der ManagerInnen fehlt also die volkswirtschaftliche Adlerperspektive, schon die Auswahl der Fragen findet aus betriebswirtschaftlicher Sicht statt. Deswegen gibt es sogar Widersprüche zwischen den Fragestellungen selbst: Während eine gute Kooperation zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen für positiv erachtet wird, bewertet das WEF zentrale Kollektivvertragsverhandlungen als negativ für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Das gibt gerade für Länder wie Österreich, die eine hohe sozialpartnerschaftliche Kooperation in Form von Branchen-Lohnverhandlungen aufweisen, ein unstimmliges Bild ab.

Neben der inhaltlichen Kritik am Wettbewerbsranking stellt sich grundsätzlich die Frage, ob ein einzelner Index überhaupt dazu in der Lage ist, die Situation eines Landes gut abzubilden. Da aus den Teilergebnissen am Ende nur ein einzelner Wert berechnet wird, der dann den „Rang“ des Landes angibt, ist es theoretisch möglich, dass Länder mit gänzlich unterschiedlichen Ausgangsbedingungen rechnerisch auf denselben Wert kommen – obwohl deren Volkswirtschaften völlig anders geartet sind. So sind etwa Spanien und Katar Rang-

listen-Nachbarn, die vom WEF als ähnlich wettbewerbsfähig eingestuft werden. Sinnvoller wäre es, Fakten wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Kaufkraft, Investitionen und Forschungsausgaben nebeneinander abzubilden, um einen Blick für das „große Ganze“ zu bekommen, anstatt alles in einen Topf zu werfen.

Wettbewerbsrankings wie jene des World Economic Forum sind daher mit großer Vorsicht zu genießen. Sie spiegeln die Interessen von UnternehmerInnen wider und nicht, wie sie behaupten, die objektive Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Sie sind denn auch der jährliche Anlass für ein großes Gejammer um den Zustand der österreichischen Wirtschaft – politische Forderungen nach Steuersenkungen, Förderungen und Deregulierung für Unternehmen folgen ihnen meist auf den Fuß.

Sieht man sich abseits des WEF-Rankings einige Daten zur österreichischen Volkswirtschaft an, ergibt sich ein gänzlich anderes Bild: Da rangiert Österreich beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf seit rund 20 Jahren stabil unter den reichsten Volkswirtschaften Europas, und die Armutgefährdung ist niedrig. Auch die heimische Industrieproduktion liegt weit über jener des Europa-Durchschnitts und damit im europäischen Spitzenfeld. Natürlich gibt es viele wichtige Baustellen, an denen gearbeitet werden müsste: Die hohe Arbeitslosigkeit etwa; die Stagnation niedriger Einkommen wird ein immer größeres Problem, je länger sie andauert; die extrem niedrige Besteuerung von Vermögen bedingt die hohe Besteuerung von Arbeit; und die Flüchtlingskrise hat offengelegt, dass in der Sprachförderung und der Integration in den Arbeitsmarkt Handlungsbedarf besteht. Aber diese Problemfelder sind klassische Interessenkonflikte, die mithilfe sauberer Daten und klarer Positionen ausdiskutiert werden müssen. Pseudowissenschaftliche Rankings helfen hier nicht weiter.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
miriam.rehm@akwien.at
max-m@gmx.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Im Interesse von Konzernen

Die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen zielen auf die Durchsetzung von Konzern- und InvestorInneninteressen ab.

Angela Pfister

Volkswirtschaftliches Referat des ÖGB

Die Europäische Union verhandelt gegenwärtig Freihandelsabkommen mit zahlreichen Ländern rund um den Globus. Im Fokus der öffentlichen Diskussionen stehen gegenwärtig das Freihandelsabkommen mit Kanada, genannt CETA, jenes mit den USA, genannt TTIP, und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen mit mehr als 23 Ländern einschließlich der EU, genannt TiSA. Diese Abkommen haben gemeinsam, dass sie nicht die Beschäftigung oder die Weiterentwicklung der Sozial- und Gesundheitsstandards oder den Umwelt- und Klimaschutz zum Ziel haben. Es geht auch nicht so sehr um Zollabbau oder Freihandel. Die Abkommen zielen vielmehr auf den Abbau von Regulierungen aller Art und auf die Durchsetzung von Konzern- und InvestorInneninteressen ab.

Winzige Wachstumseffekte

Nach wie vor werden die BefürworterInnen von Freihandelsabkommen nicht müde, zu erklären, dass diese neue Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen würden. Schon bei den Studien rund um TTIP hat sich herausgestellt, dass die Versprechungen aus dem Reich der Märchen kommen. Eine neue Studie der AK zu CETA zeigt ebenfalls: Die Wachstumseffekte für Österreich sind im besten Fall winzig. In einem Zeitraum von 10 bis 20 Jahren könnten 465 Arbeitsplätze geschaffen werden, die Einkommen könnten um 0,016 Prozent

steigen, während jene der weniger Qualifizierten sogar leicht sinken könnten (um 0,0023 Prozent). Keine der Studien kann allerdings die gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten bei Änderungen oder dem Entfall von Regelungen sowie Konzernklagen schätzen. Diese sind völlig offen.

Handelserleichterungen

Freihandelsabkommen gehen weit über die Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) hinaus, wo eigentlich der Ort für Handelsvereinbarungen und Zollabbau ist. Neu ist, dass es bei CETA und TTIP eine Zusammenarbeit bei Regulierungen geben soll. In diesem Rahmen soll sichergestellt werden, dass neue Regeln nicht handelsverzerrend sind, noch bevor sie dem eigenen gewählten Parlament vorgelegt werden. Ein Rechtsgutachten der AK kommt zu dem Schluss, dass Regulierungsfragen nicht primär mit Blick auf die damit verfolgten Schutzzwecke betrachtet werden, sondern unter dem Gesichtspunkt der Erleichterung des Handels.

Das Vorsorgeprinzip hingegen, wonach Schutzmaßnahmen auch dann getroffen werden können, wenn eine Gefahr noch nicht mit letzter wissenschaftlicher Gewissheit belegt ist, findet keine Erwähnung. Stattdessen wird auf das WTO-Recht verwiesen. Dort dominiert der sogenannte wissenschaftsbasierte Ansatz: Handelsbeschränkende Regulierungen zur Abwehr von Gefahren sind nur dann zulässig, wenn eine gesicherte wissenschaftliche Grundlage besteht. Das WTO-Streitverfahren über „Hor-

monfleisch“ zeigt sehr gut die Problematik auf, wenn das Vorsorgeprinzip nicht entsprechend in internationalen Verträgen verankert ist.

Die EU wurde wegen ihres Verbots von Hormonrindfleisch aus den USA und Kanada verurteilt. Die Begründung: Die Einfuhrsperre der EU sei über das „notwendige“ Maß hinausgegangen und habe nicht auf „wissenschaftlichen Grundsätzen“ beruht, wonach Hormonfleisch die Gesundheit der KonsumentInnen schädigen könnte. Die USA und Kanada durften daraufhin europäische Produkte aus dem Sektor ihrer Wahl (Nahrungsgüterbereich) mit Strafzöllen belegen.

Effektive Instrumente für Konzerne

Teuer für die SteuerzahlerInnen könnten auch die speziellen Klagerechte (Investor-Staat-Schiedsgerichte) kommen. Ausländische Konzerne können auf finanzielle Entschädigung klagen, wenn sich neue Gesetze z. B. in Bezug auf den Schutz von ArbeitnehmerInnen oder der Gesundheit und der Umwelt negativ auf ihre Unternehmensbilanzen auswirken.

Auch die Erfahrungen von Kanada im Rahmen der NAFTA, der Nordatlantischen Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko, sprechen für sich. Kanada wurde 36-mal von Multis verklagt und hat in sieben Fällen verloren. Das kostete die SteuerzahlerInnen 135 Millionen Euro. Der Streitwert von noch nicht entschiedenen Fällen gegen Kanada macht 4,2 Milliarden Euro aus. Kanada hat bis heute über 45 Millionen Euro für seine Verteidigung gegen



Nicht nur die enormen Kosten für die SteuerzahlerInnen, auch der „Abschreckungseffekt“ von möglichen Klagen auf Regierungen ist alarmierend.

Klagen aufgrund von NAFTA entrichten müssen.

Nicht nur die enormen Kosten für die SteuerzahlerInnen, sondern auch der „Abschreckungseffekt“ von möglichen Klagen auf die Regulierungstätigkeit ist alarmierend. Denn damit bekommen InvestorInnen ein Mittel in die Hand, um Staaten unter Druck zu setzen. Oft reicht bereits die Drohung, diese Sonderklagemöglichkeiten zu nutzen, um die Bereitschaft von Regierungen schwinden zu lassen, Maßnahmen von öffentlichem Interesse zu tätigen. Im Kontext des Freihandelspaktes NAFTA berichten z. B. kanadische Institute, aber auch Regierungsbeamte, dass Interventionsbriefe von amerikanischen Rechtsanwaltskanzleien bei neuen Gesetzesvorhaben schon fast zum Alltag gehören.

Der sogenannte Ethyl-Fall zeigt besonders deutlich die Konsequenzen, wenn Konzerne Klagen gegen Regierungen einbringen. Weil MMT (Methylcyclopentadienyl-Mangan-Tricarbonyl) eine schädigende Wirkung auf das Nervensystem und Gehirn haben könnte, beschloss Kanada vorsorglich Restriktionen beim Einsatz von MMT als Zusatz in Kraftstoffen.

Der US-Chemiekonzern Ethyl klagte daraufhin Kanada auf eine Zahlung von 227 Millionen Euro, mit der die Verluste ausgeglichen werden sollten. Die peinliche Reaktion: Die Regierung nahm das Gesetz zurück. Sie gab eine Erklärung ab, dass mit dem Einsatz von MMT keine gesundheitlichen Risiken verbunden wären, und zahlte zwölf Millionen Euro an den Konzern. Insbesondere die Aufnahme der Sonderklage-

rechte in Freihandelsverträge war der Wunsch der EU. Im Gegensatz dazu erhalten ArbeitnehmerInnen zur Durchsetzung ihrer Interessen absolut keine vergleichbaren Instrumente, obwohl Kanada im Falle von CETA bereit war, Verstöße gegen bestimmte ArbeitnehmerInnenrechte mit Sanktionen zu ahnden.

Opfer Europäische Union?

Die EU beharrte auf ihrem Standpunkt – und so soll mit CETA die Wahrung der Arbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nur „gefördert“ werden – von verbindlicher Einhaltung oder Sanktionen keine Spur. Ein Beispiel: Wenn ein Unternehmen, das in Partnerländern tätig ist, seine MitarbeiterInnen daran hindert, Gewerkschaften beizutreten, wird dies im Rahmen von Freihandelsabkommen lediglich durch ein Empfehlungsschreiben eines ExpertInnengremiums „geahndet“. Da keine Sanktionen verhängt werden können, bleibt das Vergehen ohne Konsequenzen und das Unternehmen kann die Empfehlungen getrost ignorieren.

Wie die EU ihre wirtschaftlichen Interessen rücksichtslos durchsetzt, zeigt das Abkommen namens EPA (Economic Partnership Agreement) mit afrikanischen Ländern, das festlegt, dass die afrikanischen Länder ihre Märkte beinahe zur Gänze für europäische Importe öffnen müssen. EU-Importe aber gefährden bestehende Industrien und lassen zukünftige regionale Industrien gar nicht erst entstehen, weil sie dem Wett-

bewerb mit der EU ausgesetzt sind. Vor allem billigste Agrarimporte aus der EU verdrängen die regionale kleinstrukturierte Landwirtschaft und entziehen damit nicht nur in Afrika Millionen von Menschen die Lebensgrundlage. Als Kenia diese Verträge nicht unterschreiben wollte, wurde es durch die Erhöhung von Zöllen dazu gezwungen.

Die Freihandelsabkommen der EU dienen nicht den ArbeitnehmerInnen und laufen wichtigen Zielen bei Umwelt- und Klimaschutz zuwider. In der Handelspolitik bedarf es eines grundlegenden Kurswechsels. Regierungen und Parlamente sind aufgefordert, derartigen Freihandelsabkommen – aktuell CETA – keine Zustimmung zu erteilen.

Demonstration gegen CETA und TTIP von „TTIP Stoppen“ (Global 2000, Attac, Südwind, ÖBV, PRO-GE) mit ÖGB und vielen anderen am Samstag, 17.9.2016, in Wien, Linz, Graz und Salzburg:

www.oegh.at/freihandel

AK-Studien zum Thema:
tinyurl.com/j7yksv9

Centre for Policy Alternatives: NAFTA investor-state claims against Canada are „out of control“, 2015:
tinyurl.com/gqxmpxq

Gus Van Harten: Reforming the NAFTA Investment Regime, 2009:
works.bepress.com/gus_vanharten/61

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
angela.pfister@oegh.at

oder die Redaktion
aw@oegh.at

Gefährliche Gleichmacherei

*Alle sollen so wettbewerbsfähig werden wie der Exportweltmeister Deutschland:
Diese Forderung ist ökonomisch unsinnig.*

Thomas Delapina

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien

In der im Jahr 2008 schlagend gewordenen Finanzkrise und in der darauffolgenden Wirtschaftskrise rückte eine lange Jahre vernachlässigte Tatsache ins Zentrum der Aufmerksamkeit: nämlich dass sich innerhalb der Eurozone große Unterschiede entwickelten. In der Wirtschaftssprache werden diese „makroökonomische Ungleichgewichte“ genannt, die nicht unwesentlich zur Krise beitrugen. Eines dieser Ungleichgewichte betrifft die Zahlungsbilanzen. Einige Länder, allen voran Deutschland, aber auch kleinere Länder wie die Niederlande und Österreich, erwirtschafteten regelmäßig zum Teil riesige Überschüsse, was im Wesentlichen bedeutet, dass sie mehr exportieren als importieren. Andere Länder, wie zum Beispiel Spanien, Portugal oder Italien, verzeichnen dagegen Defizite, ihre Einfuhren übersteigen also ihre Exporte.

Die öffentliche Meinung – dominiert vom neoliberalen Mainstream in der Ökonomie – hat rasch eine simple und auf den ersten Blick auch einleuchtende Erklärung zur Hand: Die Defizitländer würden schlechter wirtschaften, sie seien weniger effizient und nicht so fleißig, deshalb zu teuer und zu wenig wettbewerbsfähig. Sie würden über ihre Verhältnisse leben und Schulden anhäufen.

Ein scheinbar geeignetes Rezept war gleich bei der Hand und wurde den europäischen „Krisenländern“ von der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds) aufgezwungen: Alle sollten so werden wie

die Deutschen – so fleißig, so sparsam, so effizient.

Dass diese Rezeptur nicht funktionieren kann, zeigt ein näherer Blick auf die tatsächlich wesentlich komplexeren Zusammenhänge. Vor der Einführung der Einheitswährung war es in einigen Ländern üblich, in unregelmäßigen Abständen die Währung abzuwerten, wenn ihr Preisniveau überdurchschnittlich anstieg, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

In der Währungsunion steht dieses Instrument nicht mehr zur Verfügung, weshalb sich die Preisniveaus in der Eurozone bis zum Ausbruch der Krise deutlich auseinanderentwickelten. Und wo die Preise rascher stiegen, zogen auch die **Nominallöhne** stärker an. So stiegen z. B. zwischen 1999 und 2008 die nominellen Lohnstückkosten in Italien um 28,1 Prozent, in Deutschland dagegen nur um 2,2 Prozent (in Österreich im Vergleich dazu um 10,6 Prozent). Deutsche Produkte wurden also insbesondere gegenüber jenen der südeuropäischen Länder dramatisch billiger.

Lohndumping

Dass dies nicht vorbildhaft für den Rest der Eurozone sein kann und darf, zeigt die Erforschung der Ursachen des Status der Deutschen als „Exportweltmeister“. Die deutsche Autorin Ulrike Herrmann bringt es in einem „Falter“-Artikel auf den Punkt: „Die Waffe der Deutschen ist schlicht, aber wirkungsvoll: Sie haben Lohndumping betrieben und die Arbeitskosten gezielt gesenkt, um auf den Auslandsmärkten zu expandieren. Zwischen

2000 und 2010 fielen die deutschen Reallohne im Mittel um 4,2 Prozent.“ Mit niedrig gehaltenen Lohnsteigerungen wurden in Deutschland riesige Exportüberschüsse erwirtschaftet, mit fatalen Konsequenzen sowohl für die eigene Bevölkerung als auch für die Handelspartnerländer.

Deutschland selbst ist direkt negativ davon betroffen, da die gigantischen, im Export erwirtschafteten Summen kaum zum Wohlstandszuwachs der Bevölkerung beitragen. Sie schlugen sich weder in Lohnerhöhungen und Konsumzuwachs noch in Investitionen in Realkapital nieder. Die Inlandsnachfrage konnte also nicht davon profitieren und das Wirtschaftswachstum blieb schwach.

Kreislauf

Aber was geschah mit den Hunderten Milliarden an Exportüberschüssen? Vereinfacht und pointiert gesagt: Sie wurden auf den internationalen Finanzmärkten verzockt. Auch hier bringt ein Blick auf die zugrunde liegenden ökonomischen Zusammenhänge Aufklärung. Es ist logisch, dass sich jeder Export eines Landes bei einem anderen Land als Import niederschlägt.

Die Überschüsse der starken Exporteure (wie Deutschland) sind die Defizite derjenigen Länder, die mehr verbrauchen, als sie produzieren, und somit Defizite in der außenwirtschaftlichen Bilanz ausweisen. Solche Defizite müssen aber finanziert werden. Daher werden Schulden angehäuft und Kapital muss importiert werden. Und dieses Kapital kommt von den Überschussländern. Dort muss die Bevölkerung unter ihren Verhältnissen leben.

Denn bei zurückhaltender Konsum- und Importnachfrage verbrauchen sie weniger, als sie produzieren – und für das nicht in die Binnennachfrage geflossene Geld werden lukrative Veranlagungen gesucht.

Dieses Spiel, das von den internationalen Finanzmärkten angetrieben wird, kann auf Dauer aber nicht gut gehen. Irgendwann erreichen die Schulden der Defizitländer ein solches Ausmaß, dass die Gläubigerländer an deren Rückzahlungsfähigkeit zu zweifeln beginnen. Und wenn dann tatsächlich Zahlungsschwierigkeiten auftreten und Schulden nicht mehr beglichen werden können, schauen auch Rekordexporteure durch die Finger.

Somit wäre klar, dass das dauernde Erwirtschaften und Steigern von Überschüssen im Außenhandel keine vernünftige wirtschaftspolitische Zielsetzung sein kann, insbesondere wenn die Gewinne nicht zur Anhebung der heimischen Nachfrage verwendet werden. Aber noch unsinniger ist die vielfach verbreitete Empfehlung, alle Länder, insbesondere die Länder an der Peripherie des Euroraumes, sollten dem deutschen Vorbild nachzueifern. Denn im Euroraum werden fast 90 Prozent des Außenhandels der Mitgliedstaaten mit den anderen Mitgliedstaaten abgewickelt, nur gut zehn Prozent mit dem Rest der Welt (also USA, China usw.). Der Euroraum insgesamt ist also fast ein geschlossener Binnenmarkt. Jede Verbesserung der Leistungsbilanz eines Landes muss sich unausweichlich in der Verschlechterung der Bilanz eines anderen Landes niederschlagen. Die gleichzeitige Verbesserung in allen Ländern ist mathematisch unmöglich.

Unterbietungswettlauf

Dennoch wird paradoxerweise von der EU-Kommission über Merkel/Schäuble bis zu schulmeisternden JournalistInnen ständig das Unmögliche gefordert, nämlich dass alle Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Leistungsbilanzen verbessern sollen. Das gleichzeitige Bemühen aller Mitgliedstaaten führt aber zu einer Spirale nach unten, bei der am Ende keiner gewinnen kann: Einkommen, Nachfrage, Produktion und Beschäftigung sind am Ende des Tages überall niedriger – alle haben verloren. Leider wurde dieser Unsinn bei den „Verfahren

bei makroökonomischen Ungleichgewichten“ in der EU zur Methode erhoben. Während Defizite in der Zahlungsbilanz ab vier Prozent des BIP als stabilitätsgefährdend gewertet werden, werden Überschüsse bis sechs Prozent als unproblematisch gesehen.

Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ist somit nur dann ein sinnvolles Konzept, wenn diese nicht nur in Außenhandelsstatistiken ihren Niederschlag findet, sondern wenn sie auch den Wohlstand der Bevölkerung erhöht. Es ist gut, wenn hochproduktive und leistungsfähige Volkswirtschaften viel exportieren. Aber dies muss sich in kaufkräftiger Binnennachfrage, in Einkommen und Realkapitalinvestitionen niederschlagen. Denn dann wird auch mehr importiert, und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte halten sich in Grenzen. Im EU-Projekt www.foreurope.eu wird dies folgerichtig erkannt und ein neuer Begriff von „Wettbewerbsfähigkeit“ gefordert, der die Steigerung von Einkommen, soziale Faktoren und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt rückt. Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** griff diesen Gedanken auf und nennt das neue Konzept „Wettbewerbsfähigkeit 2.0“.

Abgesehen davon: Die Eurozone insgesamt hat kein Wettbewerbsfähigkeitsproblem. Insgesamt erwirtschaftet sie Überschüsse im Außenhandel (also mit Nicht-Euro-Ländern) in der Größenordnung von vier Prozent des BIP. Das eigentliche Problem liegt in einem Mangel an Binnennachfrage, mitverursacht durch die Sparpolitik und die Bemühungen, es in der Leistungsbilanz den Deutschen gleich zu machen.

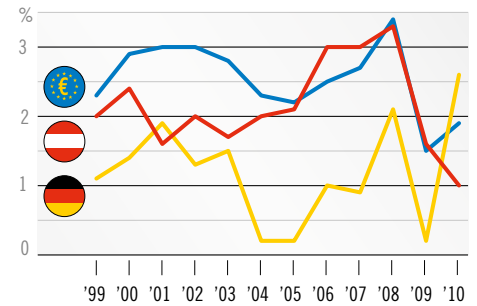
Ulrike Herrmann: „Österreicher, stoppt die Deutschen, oder ihr verarmt!“ in der Ökonomie-Beilage des „Falter“ Nr. 51a/15, tinyurl.com/harkbm8

Blogtipp: „Wettbewerbsfähigkeit 2.0: Alternatives Konzept des EWSA“ tinyurl.com/z8ewlz4

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor thomas.delapina@akwien.at oder die Redaktion aw@oegb.at

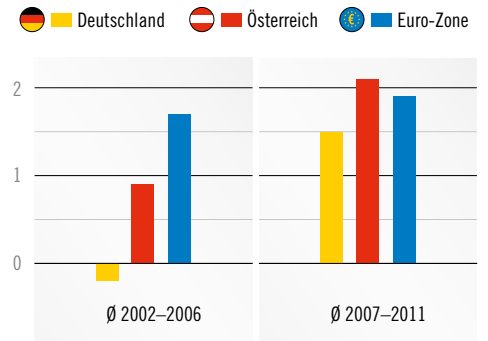
Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



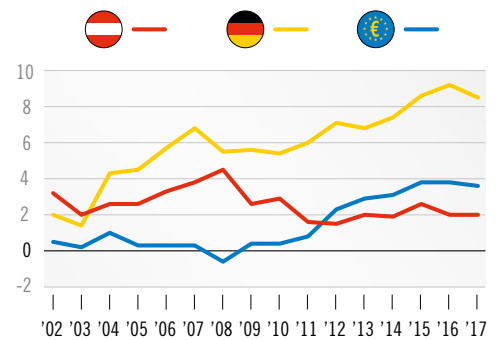
Quelle: OECD; AK/ÖGB-Darstellung
ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK Arbeit&Wirtschaft 6/2016

Nominelle Lohnstückkosten



Quelle: Eurostat; AK/ÖGB-Darstellung
ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK Arbeit&Wirtschaft 6/2016

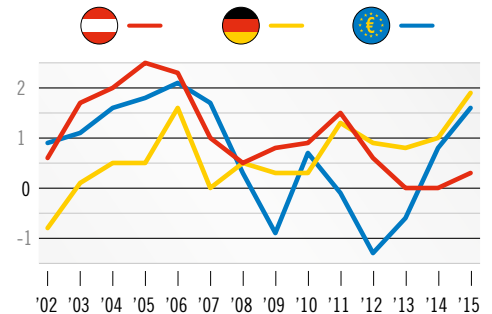
Leistungsbilanzüberschuss in Prozent des BIP



Quelle: OECD; AK/ÖGB-Darstellung
ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK Arbeit&Wirtschaft 6/2016

Private Konsumausgaben, real

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: OECD; AK/ÖGB-Darstellung
ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK Arbeit&Wirtschaft 6/2016

Mindestlöhne lohnen sich

Höhere Mindestlöhne haben deutlich positive Effekte auf niedrige Einkommen und sie bewirken, dass Menschen länger ihren Job behalten.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Kaum stand fest, dass ab 2015 in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden sollte, gab es schon die ersten Ausweichmanöver und „Sparmaßnahmen“ von Unternehmerseite: Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden auf den Stundensatz angerechnet – ein Vorgehen, das das Bundesarbeitsgericht vor Kurzem sogar für rechtmäßig erklärte. Diese Entscheidung war eine herbe Enttäuschung für die rund vier Millionen ArbeitnehmerInnen, deren Jobs vom Mindestlohn betroffen sind. Immerhin gab es zumindest für eine Gruppe ein erfreuliches Urteil: Ende Juni hat das Gericht festgestellt, dass auch für Bereitschaftsdienste der Mindestlohn bezahlt werden muss.

Deutliche Lohnerhöhungen

Bettina Csoka, Verteilungsexpertin der AK Oberösterreich, schildert in ihrem A&W-Blogbeitrag „EU-weiter Mindestlohn für alle?“ die Situation in Deutschland: „2012 waren nur mehr 58 Prozent der Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt, besonders niedrig war die Abdeckung in den östlichen Bundesländern, wo nicht einmal mehr jede/r Zweite geschützt war.“ Mit der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ab 2015 sollte gegengesteuert werden.

Mit 8,50 Euro (bzw. 8,84 Euro ab 2017) wurde das Niveau des Mindestlohns in Deutschland im Vergleich zu den

ähnlich entwickelten westlichen Nachbarländern eher niedrig angesetzt. Trotzdem waren davon 18,9 Prozent der ArbeitnehmerInnen betroffen, wesentlich mehr als in anderen EU-Ländern, wie kürzlich das Düsseldorfer Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) berichtete. Der Mindestlohn habe zu teils erheblichen Lohnerhöhungen im unteren Einkommensbereich geführt.

So kam es etwa bei vielen vollzeitbeschäftigten Frauen im ostdeutschen Handel und Gastgewerbe zu zweistelligen Erhöhungen der Stundenverdienste. Der befürchtete Beschäftigungseinbruch auf dem Arbeitsmarkt infolge des Mindestlohns ist allerdings ausgeblieben. Im Gegenteil: Die Beschäftigung wächst weiterhin und bis dato ist kein Trendbruch erkennbar.

Die Diskussion über die möglichen Auswirkungen verbindlicher Lohnuntergrenzen wird seit einigen Jahrzehnten mehr oder minder heftig geführt. Die Pro-Argumente: Mindestlöhne sind ein Schritt Richtung Umverteilung, in Zeiten wachsender Ungleichheit können sie zum sozialen Frieden beitragen. Nicht selten wird auch damit argumentiert, dass GeringverdienerInnen eventuelle Einkommenszuwächse rasch wieder ausgeben und damit die Wirtschaft ankurbeln. Außerdem kommen höhere Sozialbeiträge dem Staat zugute.

Übertriebene Sorgen

KritikerInnen hingegen sind überzeugt, dass (zu hohe) Mindestlöhne spätestens mittelfristig der Wirtschaft schaden: Steigende Lohnkosten würden zu Personal-

BUCHTIPP

Stefan Körzell, Claudia Falk (Hrsg.):
Kommt der Mindestlohn überall an?

Eine Zwischenbilanz
VSA Verlag, 2015, € 6,00
ISBN: 978-3-89965-667-1

Bestellung:

www.besserewelt.at



einsparungen, weiteren Nachteilen gegenüber Billiglohnländern und sinkender Investitionsbereitschaft der Unternehmen führen. Allerdings: In Österreich beispielsweise sind die meisten schlecht bezahlten Jobs in den Dienstleistungsbranchen zu finden, die eher nicht durch Outsourcing in die typischen Billiglohnländer gefährdet sind.

Negativsteuer keine Alternative

Als Alternative zu Mindestlöhnen wird immer wieder die Ausweitung der Negativsteuer für Menschen mit geringem Einkommen genannt. Nicht nur die Gewerkschaften sind gegen diese Art der Entlastung. Schon jetzt verdienen viele ArbeitnehmerInnen so wenig, dass sie nur durch staatliche Transferleistungen über der Armutsschwelle liegen. „Die Negativsteuer kann menschenwürdige Löhne und Einkommen nicht ersetzen“, erklärt Martin Müller, Leiter des Referats Rechts- und Kollektivvertragspolitik im ÖGB. „Damit wären die Unternehmen, die schließlich von den Leistungen der ArbeitnehmerInnen profitieren, entlastet und die Allgemeinheit stärker belastet.“



8,50 Euro: Auf diesen Betrag hat man sich in Deutschland beim Mindestlohn geeinigt. Dass ein Mindestlohn grundsätzlich der Wirtschaft schade, ist ein Mythos. Für die Beschäftigten hat er positive Effekte.

Im Jahr 2010 verglichen drei Ökonomen der Universität Berkeley die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung in sämtlichen aneinandergrenzenden US-Bezirken in unterschiedlichen Bundesstaaten mit unterschiedlichen Mindestlöhnen seit den 1990er-Jahren. Da benachbarte Bezirke (Counties) in puncto Wirtschaftsstruktur, Bevölkerung etc. sehr ähnlich sind, können die Effekte unterschiedlicher Mindestlöhne gut verglichen werden.

Die Ergebnisse zeigten, dass Mindestlohnerhöhungen zwar deutlich positive Effekte auf die Einkommen im Niedriglohnbereich haben, aber keinen relevanten Einfluss auf die Anzahl der Beschäftigten. Höhere Mindestlöhne bewirkten außerdem, dass sich die durchschnittliche Dauer der einzelnen Beschäftigungsverhältnisse erhöhte.

Beispiele aus aller Welt

Ähnliche Auswirkungen hatten Mindestlöhne bzw. deren Erhöhung auch in mehreren europäischen Ländern, etwa in England, Portugal oder Tschechien. Sogar der massive Anstieg des ungarischen Mindestlohns von 35 auf 55 Prozent des Medianlohns hatte nur sehr geringe negative Beschäftigungseffekte, so eine Fallstudie aus dem Jahr 2001.

Der Wirtschaftswissenschaftler Simon Sturn forscht am Institute for Ecological Economics an der WU Wien und listet in seinem A&W-Blog-Beitrag gleich mehrere derartige Beispiele auf. Dass sich der Mythos „Mindestlöhne kosten Arbeitsplätze“ so hartnäckig hält, führt er darauf zurück, dass lange Zeit hindurch

bevorzugt Studien veröffentlicht wurden, die – ganz im Sinne der neoklassischen Theorie – die erwarteten negativen Beschäftigungseffekte bewiesen. „Wäre dieser Mythos tatsächlich Realität, dann müsste ja überall dort die Wirtschaft florieren, wo es keine Mindeststandards gibt“, argumentiert Martin Müller. „Aber ich kenne kein Beispiel dafür. Ein ausufernder Niedriglohnbereich bringt das Wirtschaftsgefüge ins Wanken, die Folge sind soziale Verwerfungen.“

Wie viel ist genug?

An sich gibt es derzeit in jedem der 28 EU-Mitgliedstaaten verbindliche Lohnuntergrenzen, die nicht unterschritten werden dürfen. In 21 davon gibt es allgemeine gesetzliche Regelungen. In Österreich wiederum liegt dies in den Händen der Sozialpartner. Hierzulande sind mehr als 95 Prozent der Arbeitsverhältnisse durch Branchen-Kollektivverträge geregelt.

Selbst wenn vielleicht Einigkeit über die Sinnhaftigkeit des Mindestlohns herrscht, lässt sich dann über dessen Höhe noch lange diskutieren. Die aktuelle Forderung des ÖGB liegt bei 1.700 Euro brutto. Das Meinungsforschungsinstitut IFES hat für die Gewerkschaft auf Basis des Arbeitsklima Index der AK Oberösterreich ausgewertet, wer von einer entsprechenden Anhebung der Kollektivverträge am stärksten profitieren würde.

Die Ergebnisse sind wenig erstaunlich: Fast jede vierte Frau, rund 50 Prozent der Beschäftigten unter 25 und etwa 20 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund liegen derzeit unter die

ser Grenze. Martin Müller: „Aber auch in manchen Branchen mit geringem Organisationsgrad gibt es Beschäftigte mit einem Vollzeit-Monatseinkommen von rund 1.000 Euro.“

Novelle gegen Dumping

Mindestlöhne bzw. deren Höhe sind auch ein viel diskutiertes Thema bei öffentlichen Aufträgen. Mit der 2016 in Kraft getretenen **Bundesvergabegesetz-Novelle** kann Lohn- und Sozialdumping verhindert werden, unter anderem indem die Weitergabe von Aufträgen an Subunternehmer unterbunden werden kann. Ähnliche Regelungen gelten übrigens auch im neuen EU-Vergaberecht. Hier können ebenfalls öffentliche AuftraggeberInnen vorschreiben, dass bestimmte Leistungsteile (sog. Kernleistungen) selbst erbracht werden müssen und nicht an Subunternehmen ausgelagert werden können.

Blog-Tipp

Erhöhen Mindestlöhne die Arbeitslosigkeit?:
tinyurl.com/j6t7spy

Studie zu Mindestlöhnen:
tinyurl.com/ztd28jq

Arindrajit Dube, T. William Lester, Michael Reich (2010): Minimum Wage Effects Across State Borders: Estimates Using Contiguous Counties, IRLE Working Paper No. 157-07:
tinyurl.com/2665wg4

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin afadler@aon.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Mit Dogmen gegen Fortschritt

Man könnte auch aus neoliberaler Sicht für eine Arbeitszeitverkürzung oder eine Wertschöpfungsabgabe argumentieren. Ein Kommentar von Sepp Zuckerstätter.

Sepp Zuckerstätter

Abteilung für Lohn- und Einkommensentwicklung, Lohnstruktur, Arbeitsmarkt der AK Wien

Die letzten dreieinhalb Jahrzehnte waren gekennzeichnet von einer Dominanz neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Wie viele lange dominante Denkrichtungen ist inzwischen auch der Neoliberalismus zum Dogma, also zum reinen Glaubenssatz, verkommen.

Stures Festhalten

Inzwischen ignorieren die Neoliberalen wie dereinst die Kommunisten Fakten, die nicht in ihr Weltbild passen. Sie vernachlässigen ihre eigenen logischen Grundprinzipien, wenn diese ihren GönnerInnen nicht ins politische Konzept passen. Und vor allem verhindern sie durch stures Festhalten an veralteten Theorien viele sinnvolle Reformen. Dieser Beitrag zeigt die Krisenerscheinungen des neoliberalen Denkens und seine Auswirkungen an einigen aktuellen Beispielen.

Als im Frühjahr des vergangenen Jahres die Gewerkschaften die Frage nach einer Arbeitszeitverkürzung neu stellten, kam eine reflexartige Ablehnung von Teilen der ÖVP sowie der IndustrievertreterInnen. Diese Ablehnung war zwar reich an starken Worten wie „Mottenkiste“ und „Uraltkonzepte“, jedoch arm an Fakten. Wenn überhaupt, dann wurde auf Frankreich verwiesen, was ganz eigenwillig ist, denn in der Phase der Arbeitszeitverkürzung zwischen 1997 und 2002 wuchsen Beschäftigung und Wirtschaft in Frankreich

stärker als in Deutschland und in vielen anderen europäischen Staaten. Von daher ist die 35-Stunden-Woche in Frankreich eine Erfolgsgeschichte für die Arbeitszeitverkürzung.

Doch wenn es um neoliberalen Glauben geht, dann zählen Fakten nur, solange sie die eigenen Vorurteile bestätigen. Dass Interessenvertretungen von Unternehmen fortschrittliche Forderungen ablehnen, ist normal. Interessant für die Entwicklung des Neoliberalismus zur reinen Ideologie ist aber, dass sie sich dabei nicht die Mühe machen, Aussagen aus ihrer theoretischen Sicht zu begründen.

Aus rein neoliberaler Sicht sollte nämlich das Problem der Arbeitszeitverkürzung zunächst gar nicht existieren. In dieser theoretischen Welt einigt sich jeder und jede mit dem Arbeitgeber auf so viele Stunden pro Woche, wie es den beiden passt. Denn laut neoliberaler Weltanschauung sind die VertragspartnerInnen gleichberechtigt und können immer einen guten Kompromiss finden.

Wunsch nach mehr Freizeit

Fragt man allerdings echte Menschen, wie viele Stunden sie gerne arbeiten würden, und zugleich auch, wie viel sie tatsächlich arbeiten, so sieht man, dass ein Drittel bis zur Hälfte der Erwerbstätigen mit den derzeitigen Arbeitszeiten unzufrieden ist. Manche würden lieber länger, noch mehr lieber kürzer arbeiten, und zwar auch dann, wenn es dafür keinen vollen Lohnausgleich gäbe. Sogar selbstständig Beschäftigte klagen über zu lange Arbeitszeiten.

Im richtigen Leben sind nämlich Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen nicht gleichberechtigt, ebenso wenig wie große AuftraggeberInnen und kleine Selbstständige. Arbeitgeber und Auftraggeber haben die Macht, ihre Bedingungen durchzusetzen. So nutzen die Arbeitgeber ihre Macht, indem sie bei jedem Wunsch nach Veränderung oder Verkürzung der Arbeitszeit mit Kündigung oder Verlagerung ins Ausland drohen. Damit blockieren sie aber auch jegliche Innovationen in der Arbeitszeitpolitik.

Mit geringem Aufwand viel erreichen

Bei der Neugestaltung der Arbeitszeiten könnte man jedoch mit geringem Aufwand viel erreichen. So zeigt sich, dass gerade Menschen mit gut bezahlten, langen Arbeitszeiten den Wunsch haben, kürzer zu arbeiten. Um den stetig zunehmenden Druck bei der Arbeit auszuweichen und die längere Zeit bis zur Pension durchhalten zu können, wünschen sich viele Menschen mehr Freizeit bereits während des aktiven Arbeitslebens. Diese unfreiwillig zu viel gearbeiteten Stunden könnten von jüngeren Arbeitssuchenden, aber auch von Teilzeitbeschäftigten, die lieber mehr arbeiten wollen, übernommen werden.

Denn kaum ein Job wird je eins zu eins nachbesetzt. Immer wenn jemand eingestellt wird, werden auch Arbeiten neu verteilt. Dabei ergeben sich Möglichkeiten der Neuverteilung von Arbeitsstunden. So kann man Aufgaben der Senior-Konstrukteurin den Junioringenieuren übertragen, die Junioringenieure bekommen im Gegenzug einen

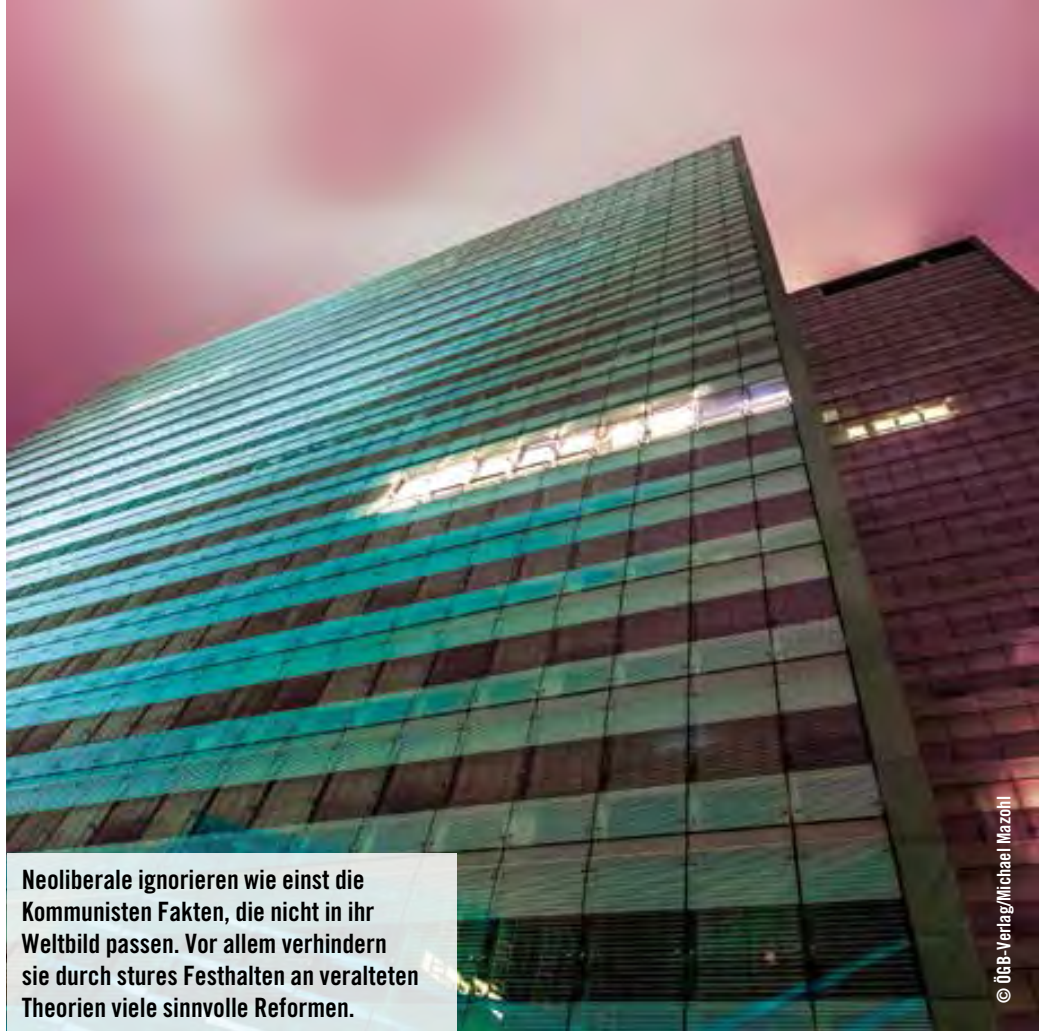
weiteren Büromitarbeiter und der gibt seinen Telefondienst an die Teilzeit arbeitende Kollegin am Empfang ab. Ganz ohne Zauberei werden so aus den Stunden der Diplomingenieurin Stunden in der Portiersloge. Solche Umschichtungen werden von Tausenden Unternehmen laufend gemacht – und sie sind viel einfacher zu bewältigen, als der plötzliche Ausfall einer Chefkonstrukteurin bzw. eines Chefkonstruktors wegen Überarbeitung.

Zeit für neue Wege

Die neoliberale Theorie würde empfehlen, solche Einigungen zu befördern. Das Problem ist wie bei streng Gläubigen zu aller Zeit: Die Neoliberalen wissen selbst nicht mehr, warum und woran sie glauben, sie halten sich einfach an überlieferten Traditionen fest. Sie lehnen die Arbeitszeitverkürzung ab, weil dies schon ihre Vorfahren vor hundert Jahren bei der Einführung des Achtsturentages so gemacht haben. Und sie ignorieren, dass es aufgrund der veränderten technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse längst an der Zeit wäre, auch bei der Arbeitszeit neue Wege zu gehen.

Die Wertschöpfungsabgabe ist ein weiteres Beispiel, bei dem erkennbar wird, wie tief manche Reflexe inzwischen sitzen und wie sehr sie sich ohne Einbindung der höheren Hirnfunktionen in umgehender Ablehnung äußern. Obwohl es breiter Konsens ist, dass man die Abgaben auf Arbeit in Österreich senken sollte, wird schon die kleinste Maßnahme in diese Richtung abgelehnt.

Österreich hat derzeit einen relativ hohen Anteil an Abgaben, die allein von der Lohnsumme abhängen – also vor allem dort anfallen, wo Menschen beschäftigt sind. Zudem ist der Anteil jener Lohnabgaben hoch, die nichts mit den Beschäftigten zu tun haben. Während die Pensionsversicherung die Versorgung der Beschäftigten im Alter und die Arbeitslosenversicherung den Unterhalt bei Verlust des Jobs garantieren, ist dieser unmittelbare persönliche Anspruch weder bei der Kommunalabgabe noch bei den Beiträgen zum **Familienlastenausgleichsfonds** (FLAF) gegeben. Aus der Kommunalabgabe werden die Leis-



Neoliberale ignorieren wie einst die Kommunisten Fakten, die nicht in ihr Weltbild passen. Vor allem verhindern sie durch stures Festhalten an veralteten Theorien viele sinnvolle Reformen.

tungen der Gemeinden finanziert, die allen zugutekommen, ob sie nun LandwirtInnen, Selbstständige oder PensionistInnen sind. Aus dem FLAF werden Familienbeihilfen, Kindergelder und Ähnliches bezahlt – auch sie bekommen alle.

Sinnvolle Umverteilung

Ein besonderer Fall ist die Krankenversicherung, die auch eine relevante öffentliche Leistung ist. Vor allem Familien mit vielen Kindern oder Personen, die das Pech haben, von schwerer Krankheit betroffen zu sein, erhalten dabei zu Recht mehr Leistungen zu gleichen Beiträgen. Bei privaten Krankenversicherungen müssten sie viel mehr zahlen. Diese Umverteilung von den Gesunden zu den Kranken ist absolut sinnvoll. Dabei ist auch aus neoliberaler Sicht nicht zu rechtfertigen, dass jene Gesunden, die ohne Arbeit von ihrem Vermögen leben können, nichts beitragen müssen.

Über lange Zeit waren Lohn Einkommen eine stabile und stetig wachsende Einkommenskategorie, die zudem leicht zu erheben ist. Auch deshalb hat man in den Neunzigerjahren die früher noch vorhandenen gewinnabhängigen Abga-

ben an die Gemeinden abgeschafft und dafür die Abgaben von den Löhnen erhöht. In einer Zeit, in der die Einkommen aus Löhnen und Gehältern aber weniger und die Einkommen aus Besitz und Profiten mehr wachsen, muss diese Art der Finanzierung überdacht werden. Denn um die Gesundheitsvorsorge, die Gemeindeinfrastruktur, Familienleistungen und vieles andere mehr abzusichern, braucht man auch von Vermögenden Beiträge. Zugleich ist die unfaire und gerade aus neoliberaler Sicht verzerrende Verteilung der Lasten zu ändern.

Zudem führt eine Wertschöpfungsabgabe nicht dazu, dass „moderne“, hochtechnische Projekte teurer und altmodische, arbeitsintensive Projekte billiger werden. Sie führt dazu, dass jene Unternehmen, die mehr auf den Einsatz menschlicher Arbeitskraft angewiesen sind, einen geringeren Beitrag und jene, die nur Maschinen einsetzen, einen höheren Beitrag leisten müssen. Beispiele für ersteres sind ein Konstruktionsbüro, ein Softwareunternehmen oder eine Designfirma. Denn Know-how und Kreativität steckt nach wie vor in Menschen, nicht in Maschinen. Der klassische Fall für Letzteres dagegen ist ein Flusskraft-

werk. Ab Fertigstellung ist es so gut wie menschenleer und verdient Geld für die AktionärInnen, einfach weil Wasser durch die Turbinen rinnt. Ein ernsthafter Vertreter des Neoliberalismus könnte also ganz klar sagen: Auch BezieherInnen dieser Gewinneinkommen sollten Abgaben leisten, denn damit gibt es weniger Verzerrungen.

Machtungleichgewicht

Was sowohl Arbeitszeitverkürzung als auch Wertschöpfungsabgabe vereint, ist, dass sie auch aus neoliberaler Sicht positiv gesehen werden können. Wenn man akzeptiert, dass nicht alle die gleiche Macht im Aushandeln von Verträgen haben, braucht es Regeln, um jene Reduktion der Arbeitszeit zu erreichen, die sich viele Unselbstständige und Selbstständige wünschen.

Wenn man akzeptiert, dass öffentliche Leistungen wie die Krankenversorgung oder die Unterstützung der Familien nur über Abgaben vernünftig finanziert werden können, dann sagt die neoliberale Theorie, dass nicht die Abschaffung des Sozialstaates, sondern eine andere, fairere und weniger verzerrende Finanzierung die beste Lösung ist.

Die reine neoliberale Theoriestellung von fairen, freien Märkten mit gleichen Individuen und vollkommener Information gibt ein schönes theoretisches Modell ab. In der Realität trifft es aber nicht zu – und es kann auch nicht zutreffen. Es war das Verdienst der neoliberalen Ökonomie, genau angeben zu können, was alles an Voraussetzungen

gegeben sein müsste, damit ein liberaler Markt zum allgemeinen Besten funktionieren kann. Seit damals weiß man aber auch, dass diese Voraussetzungen in der Wirklichkeit nie gegeben sind. Seit damals geht es höchstens noch um die Frage, wie man all die realen Probleme lösen kann, die es gibt, weil die Welt sich leider nicht an die Theorie hält.

Doch während wissenschaftlich lange klar ist, dass totale Deregulierung, umfassende Privatisierung und Wettbewerb in allen Lebensbereichen schlecht sind, hält sich diese Irrmeinung als politischer Glaubenssatz der Neoliberalen bis heute. Und das, obwohl es klare Anzeichen dafür gibt, dass eines der großen Projekte der Nachkriegszeit, nämlich die friedliche Einigung Europas, genau an diesem Dogma zerbrechen könnte.

Die derzeitige EU-Kommission hat den Neoliberalismus zumindest in der Wirtschaftspolitik unkritisch und absolut verinnerlicht. Dies zeigte sich ganz deutlich, als nach der schwersten Krise der deregulierten Finanzmärkte das europäische Sanierungsprojekt für die Krisenstaaten in der Zerschlagung des Sozialstaates und dem Abbau der Gewerkschaftsrechte bestand.

Das einzige Rezept, das diese Fundamentalisten zulassen, heißt: Die Wettbewerbsfähigkeit muss erhöht werden. Die Tatsache, dass dieses Rezept vielleicht für Firmen, aber keineswegs für Länder und schon gar nicht zur Bewältigung einer Finanzkrise zu gebrauchen ist, ist für sie dabei irrelevant. Das Problem der EU mit der Aufnahme der vielen Kriegsvertriebenen aus den Krisenherden dieser

Welt ist eine direkte Folge dieser Wettbewerbsideologie. Indem die Europäische Kommission jedem Land, das Hilfe braucht, predigt: „Du musst wettbewerbsfähig sein“ und „Du darfst nichts für sozialen Ausgleich tun“, produzierte sie genau jene Haltung, mit der ein gemeinsames Lösen von Problemen unmöglich wurde. Diese Form von orthodoxem Neoliberalismus hat die Grundlage für eine europäische Krisenbewältigung zerstört. Europa zerbricht sicher nicht an den Flüchtlingen – wenn, dann zerbricht es an einer destruktiven neoliberalen Ideologie.

Wer zu spät kommt ...

Nachdem sich die Sowjetunion unter dem Druck der realen Probleme vom orthodoxen Kommunismus verabschiedet hatte, sprach **Michail Gorbatschow** die berühmten Worte: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Insofern ist zu hoffen, dass die EU sich nicht auch zu spät vom neoliberalen Dogma verabschiedet. Mit kompromissorientiertem pragmatismem und von Solidarität getragenen Handeln wäre eine Neuentwicklung einer solidarischen Union immer noch machbar.

Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn. Reihe: IMK Report, Nr. 31, September 2008, Düsseldorf.

ISSN: 1861-3683, 25 Seiten:

tinyurl.com/z9qxtfz

Philipp Poyntner (2016), Arbeitszeitverkürzung als Beschäftigungsmotor?:

tinyurl.com/hg53qqw

Joseph E. Stiglitz (2002): Demokratische Entwicklungen als Früchte der Arbeit (-erbewegung), Wirtschaft und Gesellschaft

Band 28, Nr. 1, S. 9–14:

tinyurl.com/jnc2fb3

Georg Feigl, Sepp Zuckerstätter (2012): Wettbewerbs(des)orientierung, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 117):

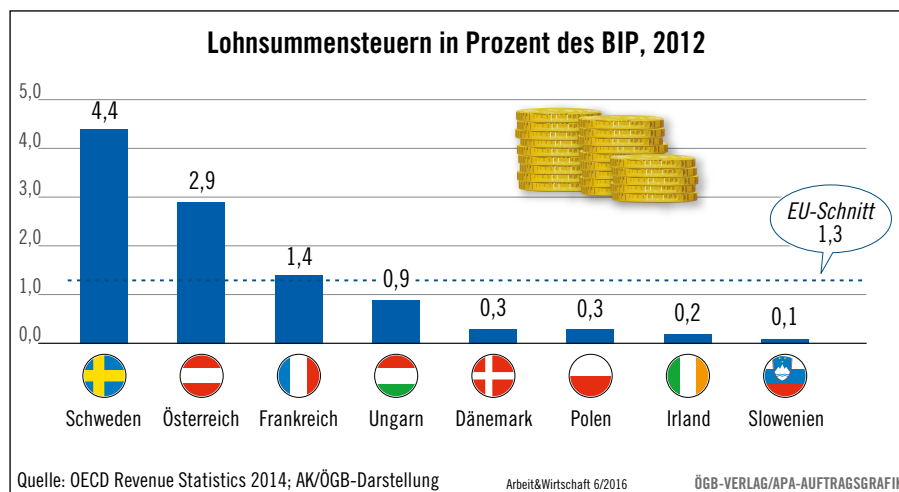
tinyurl.com/zassga5

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

josef.zuckerstaetter@akwien.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at



Nicht zuletzt

von

Werner Muhm

Ehemaliger Direktor der
Arbeiterkammer Wien

Neue Aufklärung für Fortschritt

Das **Europäische Forum Alpbach** widmet sich im heurigen Sommer der „Neuen Aufklärung“. Das ist erfreulich, denn mit Aufklärung verbinden wir wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, die Vorherrschaft der Vernunft und der Demokratie. Die Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts hatte den Anspruch, mit rationalem Denken jene überkommenen Strukturen – wie etwa den mittelalterlichen Aberglauben – zu überwinden, die den Fortschritt behindern.

Fakten außer Streit stellen

Naturgemäß spielen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unterschiedliche Interessen und Ideologien auch heute eine zentrale Rolle. In der konkreten Politik Österreichs wurden sie in den letzten Jahrzehnten von zwei Prinzipien eingehegt, die auf aufklärerischen Ideen fußen. Erstens: Die wesentlichen Fakten wurden gemeinsam außer Streit gestellt. Besteht Einigkeit über Preissteigerungsraten, Produktivitätsentwicklung und Konjunkturaussichten, also die Hard Facts, dann ist es leichter, Interessensunterschiede ausdiskutieren. Zweitens: Die Verfechtung unterschiedlicher Interessen ist wichtig, ebenso wichtig ist es, die Möglichkeiten für einen Konsens zwischen den Interessengruppen auszuloten. Das sind die Grundprinzipien der Sozialpartnerschaft, und bei allen beste-

henden Versäumnissen darf nicht übersehen werden, dass sie wesentlich zum enormen Erfolg dieses Landes beigetragen haben.

Österreich ist vom Armenhaus an die Spitze Europas aufgestiegen: Die Wirtschaftsleistung pro Kopf ist heute die vierthöchste der EU, wir verfügen über eine exportstarke Industrie und eine gute Infrastruktur, Investitions- und Forschungsquoten liegen weit über dem EU-Durchschnitt, unser Sozialstaat gehört zu den besten der Welt. Auf Basis von Vernunft und harten Fakten ist es leichter, die bestehenden Probleme und Herausforderungen zu bewältigen, als auf jener von Vorurteilen und Aberglauben. Das sei gerade in Zeiten in Erinnerung gerufen, in denen das kontinuierliche Schlechtreten des Standorts, die Verunglimpfung des Erreichten, das Prinzip „Only bad news are good news“ mediale Berichterstattung und politische Auseinandersetzung bestimmen.

Kurswechsel in der EU

Als wichtigste Herausforderung erscheint mir die hohe Arbeitslosigkeit. Sie gefährdet die Stabilität von Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat und ist gefährlicher Sprengstoff für das europäische Projekt. Über ihre Ursachen besteht weitgehender Konsens, sie liegen in einer Kombination aus anhaltender Wirtschaftskrise in der EU und hoher

Zuwanderung nach Österreich. Auch die Ansatzpunkte für erfolgreiche Beschäftigungspolitik liegen auf der Hand: ein Kurswechsel in der EU hin zu einer investitionsorientierten Wirtschaftspolitik und zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der Herkunftsländer der Migration sowie aktive Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik in Österreich. Um die Umsetzung dieser Maßnahmen gilt es politisch zu ringen.

Erbe der ersten Aufklärung

Eine grundlegende Herausforderung sehe ich in der Bewahrung der Demokratie. Wir sehen erstens ausgehend von den USA und zunehmend auch in Europa den wachsenden Einfluss reicher Erben und Oligarchen auf Wirtschaft, Medien und Politik; zweitens gibt es zum Teil berechnete Abstiegsängste bis tief in die Mittelschicht hinein; drittens erleben wir den markanten Verlust des Vertrauens in die Lösungsfähigkeit demokratischer Systeme, der etwa in niedrigen Wahlbeteiligungen von sozial deklarierten Menschen zum Ausdruck kommt. Doch aus der Geschichte wissen wir, wie demokratische Einbindung und Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der Regelung des Gemeinwesens bessere Ergebnisse für alle mit sich bringen. Das ist ein Erbe der ersten Aufklärung des 18. Jahrhunderts und sollte ein Kernstück einer neuen Aufklärung bilden.

PATHOLOGISCHER HOMO OECOMICUS

Stephan Schulmeister beleuchtet in seinem Beitrag den sogenannten Homo oeconomicus. Das ist der idealtypische Wirtschaftstreibende in den Modellen der meisten ÖkonomInnen, der sich stets rational verhält, umfassend informiert ist und damit seinen individuellen Nutzen maximieren kann – egal ob eine profitmaximierende Unternehmerin oder ein Konsument. Obwohl dieses Gedankenkonstrukt mit der Realität wenig gemein hat, bildet es doch eine der wesentlichsten Grundlagen der neoklassischen Ökonomie und ihres Glaubens, dass Märkte und damit die Wirtschaft insgesamt stets gut funktionieren – wenn sie der Staat nur in Ruhe lässt. Das geht sogar so weit, dass Mainstream-ÖkonomInnen alternativen wirtschaftspolitischen Vorschlägen grundsätzlich ihre Glaubwürdigkeit absprechen, eben weil sie nicht vom Homo oeconomicus ausgehen und damit nicht logisch wären. Stephan Schulmeister folgert daraus, dass das von der „neoliberalen Gegen-Aufklärung“ geschaffene neue „höhere Wesen“ entthront werden muss, indem die negativen Folgen in der Praxis aufgezeigt werden.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/ztq39q4

NEUN WAHRHEITEN ZU FLUCHT UND ASYL

Lucia Bauer von der GPA-djp zeigt, dass sich in der öffentlichen Debatte über Flüchtlinge eine Vielzahl von Behauptungen hartnäckig hält, obwohl sich diese anhand von – großteils sogar online verfügbaren – Fakten leicht widerlegen lassen:

» Während hierzulande darüber diskutiert wird, dass „wir ja nicht alle nehmen können“, beheimatet allein der Libanon (ärmer und kleiner als Österreich) mehr syrische Flüchtlinge als die gesamte EU.

» Während in Österreich von 2014 bis 2016 allein rund 7,8 Milliarden Euro für weitere Kapitaltransfers an Banken da sind, wird ernsthaft darüber diskutiert, ob wir uns die 1,8 Milliarden Euro Aufnahmekosten für schutzsuchende Menschen leisten können.

» Obwohl 2015 der Großteil der Flüchtenden aus den von Krieg und Verfolgung zerrütteten Staaten Syrien, Afghanistan und Irak kommt, glauben immer noch viele, dass nur „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu uns kommen.

Die gelernte Politologin erklärt zudem, warum AsylwerberInnen niemandem einen Arbeitsplatz wegnehmen können, die Grundversorgung alles andere als üppig ist, sie nicht für die – sowieso insgesamt sinkende – Kriminalität verantwortlich gemacht werden können und ihr Smartphone kein Zeichen von ohnehin ausreichenden eigenen Mitteln ist.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/hcm7h9v

EU-SPITZENWERT BEIM BIP PRO KOPF

Markus Marterbauer zeigt anhand der Anfang Juni erschienenen Daten über das Wirtschaftswachstum 2015, dass die heimische Ökonomie nicht abgesandelt ist, sondern vielmehr weiterhin international zur Spitzengruppe zählt. Mit (preisbereinigten) 36.400 Euro, die pro EinwohnerIn erwirtschaftet wurden, liegt Österreich – noch vor dem vielgepriesenen Deutschland – auf Platz vier in der EU, nur hinter Luxemburg, Irland und den Niederlanden. Während die ersten beiden durch unsolidarische Steuerkonstruktionen weder vergleichbar noch nachahmenswert sind, ist bei den Niederlanden der Trend zu beachten: Seit 2008 ging die Pro-Kopf-Produktion stetig zurück. Will man den Vorsprung zu Deutschland halten, ist nicht ein Abbau des Wohlstandes der ArbeitnehmerInnen anzuraten (wie es von der Wirtschaftsseite gefordert wird), sondern vielmehr eine ähnlich kräftig wachsende inländische Nachfrage. Mit der Steuerreform und der Wohnbauinitiative dürfte das 2016 gelingen.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/jpu843q

Der A&W-Blog ergänzt die Printausgabe als digitales Debatteforum. Frisch gebloggt gibt einen Einblick, was in letzter Zeit online los war. In voller Länge finden Sie diese sowie jede Menge anderer aktueller Debattebeiträge zum Nachlesen auf

blog.arbeit-wirtschaft.at

Wir legen euch diese drei Beiträge besonders ans Herz:

» Pathologischer Homo oeconomicus
(Stephan Schulmeister)

» Neun Wahrheiten zu Flucht und Asyl
(Lucia Bauer)

» EU-Spitzenwert beim BIP pro Kopf
(Markus Marterbauer)

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook:
facebook.com/arbeit.wirtschaft

Aus AK und Gewerkschaften

AK:

Gasnetz nicht verschleudern!

Österreich würde bei der Privatisierung der Gas Connect die Kontrolle über ein zentrales Stück Versorgungsinfrastruktur aufgeben.

Die staatliche Beteiligungsgesellschaft **ÖBIB** solle ein Angebot für die zum Verkauf stehenden 49 Prozent der Gas Connect legen, fordert die Arbeiterkammer. Die Gas Connect ist ein Tochterunternehmen der OMV und betreibt ein rund 900 Kilometer langes Erdgashochdruckleitungsnetz in Österreich. „Es darf nicht sein, dass Österreich die Kontrolle über ein zentrales Stück Versorgungsinfrastruktur aufgibt und sich damit gleichzeitig ein gutes Geschäft entgehen lässt! Das wäre unverantwortlich und pure ökonomische Unvernunft“, kritisiert AK-Direktor Christoph Klein.

Ein gutes Geschäft für Private rechnet sich auch für die Republik. Ein Einstieg der ÖBIB wäre mehr als vorteilhaft, handelt es sich bei Gas Connect doch um Infrastruktur, die stetige Erträge aufweist. „Was für mitbietende Versicherungsgesellschaften eine verlässliche Investition

darstellt, rentiert sich auch für die ÖBIB“, so Klein. Fakt ist nämlich, dass sich die Republik deutlich günstiger refinanzieren kann als etwa private Versicherungsfonds. Der Zinssatz für österreichische Staatsanleihen betrug in den letzten Monaten stets unter ein Prozent. Die Rendite eines Gas-Connect-Engagements liegt jedoch deutlich darüber. „Wer sorgfältig mit dem Staatshaushalt umgehen will, muss daher auch den Einstieg bei der Gas Connect ernsthaft prüfen“, meint Klein.

Vor allem geht es aber darum, dass die Republik ihren Einfluss auf die Versorgung der Menschen in Österreich mit lebenswichtigen Gütern wahrt. Zentrale Infrastruktur darf nicht gedankenlos an Finanzinvestoren verschertelt werden. Die Regierung muss sicherstellen, dass die Versorgungssicherheit des Standorts nicht vom Gutdünken ausländischer Un-

ternehmen abhängt. Das Beispiel Telekom hat gezeigt, wie schnell Einflussmöglichkeiten verloren gehen, wenn die wirtschaftspolitische Verantwortung nicht früh genug wahrgenommen wird.

Die Gas Connect Austria ist für Energieunternehmen, KonsumentInnen und Industrie gleichermaßen zentral: Fast eine Million Haushalte heizt in Österreich mit Gas und ist somit von den Transportleitungen der Gas Connect abhängig. Indirekt sind es durch die Fernwärme noch einmal so viele. Die Industriezentren in der Ostregion und in Oberösterreich – insbesondere der Leitbetrieb voest – sind von den Transportkapazitäten der Gas Connect abhängig. Denn das gesamte Gas, das von Osten nach Westen durch Österreich fließt, wird über diese Leitungen transportiert.

Infos unter:

blog.arbeit-wirtschaft.at/gasconnect

vida:

Qualität auch für den Transport

Best- statt Billigstbieter: Dieses Prinzip muss bei der Vergabe sämtlicher öffentlicher Aufträge gelten.

Seit März gelten verbindliche Bestbieterkriterien für öffentliche Auftraggeber im Baubereich. Diese müssen auch für Linienausschreibungen im Verkehrsbereich gelten, fordert Karl Delfs, Bundessekretär des Fachbereichs Straße in der Gewerkschaft vida. „Insbesondere im Busbereich stehen Betriebe mit sozialer Verantwortung, die auch älteres und gut ausgebildetes Personal zu fairen Konditionen beschäftigen, durch Lohn- und Sozialdumping der Billigstanbieter längst schwer unter Wettbewerbsdruck“, warnt Delfs.

„Wenn es Ziel der Politik ist, Menschen über 50 Jahre fair entlohnt länger in Beschäftigung zu halten, braucht es dafür entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen und Chancen“, so Delfs. „Das Billigstbieterprinzip führt sie aber derzeit in die Sackgasse der Altersarbeitslosigkeit.“ Der Verkehrsgewerkschafter

appelliert an Regierung und Nationalrat, als ersten Schritt das Bestbieterprinzip bei der Ausschreibung von Busleistungen in der kommenden Novelle zum Bundesvergabegesetz zu verankern.

Betrachte man den Transportsektor, seien Lohn- und Sozialdumping vor allem im Bereich des Linienbusses bereits länger ein riesiges Problem für viele Ältere. Bei der Preisbildung im Busbereich liege der Personalkostenanteil bei 60 Prozent. „Viel Spielraum bei der Angebotsgestaltung bleibt da im beinharten Wettbewerb auf der Straße nicht übrig. Preiskämpfe werden hauptsächlich auf dem Rücken des Personals ausgetragen“, kritisiert Delfs.

Aber auch in anderen Dienstleistungsbranchen wie etwa in der Bewachung oder Reinigung (ebenfalls im Zuständigkeitsbereich der vida) „beginnt der Hut zu brennen. Es wäre deshalb am gerechtesten,

wenn zukünftig bei der Vergabe sämtlicher öffentlicher Aufträge das Best- statt des Billigstbieterprinzips zum Tragen kommen würde.“ Seit März 2016 müssen öffentliche Stellen Bauaufträge nach Bestbieterprinzip ausschreiben. Nun gilt es, die ausschreibenden Stellen vergabefit zu machen und Rechtssicherheit zu geben.

Deshalb wurde von der Sozialpartner-Initiative „FAIRE VERGABEN“ ein Bestbieter-Kriterienkatalog präsentiert. Dieser beinhaltet neben 13 qualitativen Zuschlagskriterien – acht wirtschaftliche, drei soziale sowie zwei ökologische – auch unterschiedliche Berechnungsmodelle, Erläuterungen und Ausschreibungstextbausteine. Mit der Novelle wurde ein wichtiger Schritt gegen Lohn- und Sozialdumping am heimischen Arbeitsmarkt gesetzt.

Infos unter: www.faire-vergaben.at

Man kann nicht alles wissen ...

Bourgeoisie: (frz., sprich: burschwasie): Großbürgertum. (Seite 4)

Bundesvergabegesetz-Novelle: Mit 1. März 2016 ist die Vergabegesetznovelle 2015 in Kraft getreten, deren Inhalte im Wesentlichen in der Bau-Sozialpartner Initiative „FAIRE VERGABEN sichern Arbeitsplätze“ vorbereitet wurden. Mit der Novelle soll Lohn- und Sozialdumping unter anderem durch eine Neuregelung der Subunternehmerbeschäftigung bekämpft werden. Außerdem wurde das Bestbieterprinzip (statt Billigstbieterprinzip) für bestimmte Auftragsvergaben verpflichtend festgelegt. (Seite 39)

dichotom: zweigeteilt, gegabelt. (Seite 22)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA): 1957 etabliertes beratendes EU-Organ mit 350 Mitgliedsorganisationen, das sich als Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft versteht. Der Ausschuss ist in drei Gruppen (Kurien) gegliedert: Arbeitgeber, ArbeitnehmerInnen, sonstige Interessengruppen. Neben den klassischen Sozialpartnern sind somit auch andere gesellschaftliche Bereiche (z. B. Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen) im Ausschuss repräsentiert. Die Mandatare werden jeweils für fünf Jahre ernannt. (Seite 37) www.eesc.europa.eu

Europäisches Forum Alpbach: Seit 1945 kommen jährlich im August zahlreiche ExpertInnen aus den verschiedensten Fachgebieten, PolitikerInnen, StudentInnen, JournalistInnen und Interessierte in das Tiroler Bergdorf Alpbach, um sich über aktuelle Themen auszutauschen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Mehr als zwei Wochen hindurch stehen Vorträge, Diskussionen und Sommerschulkurse auf dem Programm. Ausgewählten jungen JournalistInnen aus ganz Europa bietet die Alpbacher Medienakademie die Möglichkeit, unter der Regie von Medienprofis über das Konferenzgeschehen zu berichten. Rund 4.000 Menschen aus 70 Ländern nehmen am Forum teil, das heuer unter dem Motto „Neue Aufklärung“ steht. Präsident des Forums Alpbach ist Franz Fischler. (Seite 43)

Familienlastenausgleichsfonds (FLAF): Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verteilt um zwischen jenen, die für Kinder sorgen, und jenen, für die das aktuell nicht zutrifft. Mit dem FLAF-Budget von 6,5 Mrd. Euro pro Jahr werden u. a. die Familienbeihilfe, Freifahrten und das Kinderbetreuungsgeld finanziert. Dafür führen DienstgeberInnen 4,5 Prozent der Bruttolohnsumme ab, Beiträge kommen aber auch von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer. (Seite 41)

Fiskalregeln: 2011 einigten sich die Euro-Länder auf Obergrenzen für die Staatsverschuldung und Strafen für jene Länder, die diese Grenzen missachten. Auch die meisten Nicht-Euro-Länder erklärten sich einverstanden. Außerdem verpflichteten sie sich zur rechtlichen Verankerung dieser Regeln. Der Fiskalpakt trat Anfang 2013 in Kraft. Die Vorgaben lauten u. a.: jährliches Defizit höchstens 0,5 Prozent des BIP, höchstens 60 Prozent öffentliche Verschuldung. Das Defizit der staatlichen Körperschaften eines Staates darf drei Prozent des BIP nicht überschreiten. Überschreitungen können sanktioniert werden. Entschuldbar ist ein größeres Defizit nur während einer Wirtschaftskrise. (Seite 11)

Gorbatschow, Michail: russischer Politiker, geb. 1931; 1985 bis 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), 1990 bis 1991 Präsident der Sowjetunion. Er leitete das Ende des Kalten Krieges ein und erhielt 1990 den Friedensnobelpreis. (Seite 42)

Keynes, John Maynard: britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker (1883-1946); seine zentrale Theorie war, dass das marktwirtschaftliche System auch bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, was bedeute, dass der Staat zeitweise regulierend eingreifen sollte. Seine Theorien dominierten bis Mitte der 1970er-Jahre die Wirtschaftspolitik der meisten westeuropäischen Staaten. (Seite 4)

Krugman, Paul: US-Volkswirtschaftler, geb. 1953; erhielt 2008 den Wirtschaftsnobelpreis, vor allem für seine „Analyse von Handelsstrukturen und Standorten ökonomischer Aktivität“. Aktuelle Publikation: „Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen“. (Seite 10)

NAFTA: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement); 1994 entstandener Wirtschaftsverband zwischen Kanada, den USA und Mexiko. Im Gegensatz zur EU nimmt die NAFTA keine supranationale Regierungsfunktion wahr. Die Auswirkungen des Freihandels waren weniger positiv als gedacht: Mexiko, früher Selbstversorger mit dem Hauptnahrungsmittel Mais, wurde mit hochsubventionierten US-amerikanischen Landwirtschaftsprodukten und Fleisch überschwemmt, dessen Preis 20 Prozent unter den Produktionskosten liegt. Die erwartete Spezialisierung der mexikanischen Landwirtschaft trat nicht ein, Millionen Maisbauern mussten aufgeben und wurden arbeitslos. (Seite 34)

Nominallöhne: In Geldwerten angegebene Löhne, die im Gegensatz zu den Reallöhnen nichts über die tatsächliche Kaufkraft dieser Einkommen aussagen. (Seite 36)

ÖBIB (Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen): Beteiligungsgesellschaft der Republik Österreich (1970–2015 ÖIAG); sie vertritt die Eigentümerinteressen des Bundes bei strategisch bedeutsamen Beteiligungen. Im Eigentum der ÖBIB stehen derzeit die Post, OMV, Telekom Austria sowie die Casinos Austria. (Seite 45)

Orthodoxie: Lehrmeinung; „reine Lehre“; (engstirniges) Festhalten an der Lehrmeinung. (Seite 4)

Pinochet, Augusto: chilenischer General und Diktator (1915–2006); er war 1973 maßgeblich beteiligt an dem von den USA forcierten Militärputsch gegen den demokratisch gewählten, marxistischen Präsidenten Salvador Allende. Pinochet regierte danach bis 1990, zuerst als Chef der Militärjunta, dann als Präsident diktatorisch. Morde, Entführungen, Folter waren an der Tagesordnung. In der Wirtschaft kam es – inspiriert von US-Experten – zu neoliberalen Reformen. Bei den ersten freien Wahlen 1989 wurde er abgewählt. Pinochet wurde zwar wegen Völkermordes angeklagt, starb wegen der langen Prozessdauer aber bevor es zu einer Verurteilung kommen konnte. (Seite 8, 19)

Schmidt, Helmut: deutscher SPD-Politiker (1918–2015); 1974 bis 1982 Bundeskanzler, danach bis zu seinem Tod Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“. In seine Amtszeit fielen u. a. der RAF-Terrorismus, die Ölkrise und die Einführung des Europäischen Währungssystems. Zur Regierungskrise kam es schließlich durch Schmidts Eintreten für den Nato-Doppelbeschluss (Stationierung von SS-20-Mittelstrecken-Raketen in Mitteleuropa bei gleichzeitigem Verhandlungsangebot an Russland, auf diese Waffen generell zu verzichten). 1982 traten sämtliche FDP-Minister der sozialliberalen Regierung zurück. Schmidts Kanzlerschaft endete wenige Wochen später durch ein konstruktives Misstrauensvotum, bei dem ein neuer Bundeskanzler mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden kann. Auf diese Weise übernahm Helmut Kohl das Ruder. (Seite 15)

World Economic Forum: 1971 eingerichtete gemeinnützige Schweizer Stiftung mit Beobachterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Das Weltwirtschaftsforum ist vor allem bekannt durch seine Jahrestreffen in Davos, wo internationale Fachleute, PolitikerInnen und JournalistInnen über aktuelle globale Fragen diskutieren. (Seite 12)



Ein anderes Europa

Konkrete Utopien und gesellschaftliche Praxen

Alexandra Weiss (Hrsg.)

Studien und Berichte / 1. Auflage 2016 / 192 Seiten / EUR 24,90

ISBN 978-3-99046-200-3

Die Europäische Union hat ein Legitimitätsproblem. Von der Ablehnung der Verfassung 2005 bis hin zur Eurokrise und den zahlreichen Protestbewegungen gegen den Austeritätskurs wird der Vertrauensverlust in die politische Steuerung immer deutlicher. Die Kritik bezieht sich dabei vor allem auf mangelnde soziale Rechte und demokratische Partizipationsmöglichkeiten. Mit den Begriffen „konkrete Utopie“ und „gesellschaftliche Praxen“ soll in dem Sammelband einerseits ein Begriffsverständnis begegnet werden, das Utopien als etwas Unrealistisches abtut. Andererseits soll aufgezeigt werden, welche konkreten Entwürfe und gesellschaftlichen Praxen sich in Opposition und als Alternative zum herrschenden System etablieren und erprobt werden. Neben der Analyse der herrschenden Verhältnisse gilt es, diese alternativen Entwürfe von Gesellschaft, Demokratie, Arbeit und Leben aufzugreifen und breit zu diskutieren, weil sie notwendige Voraussetzung für politisches und gesellschaftliches Handeln sind.

BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name

Vorname

Firma/Institution

Telefon

E-Mail

Anschrift

PLZ

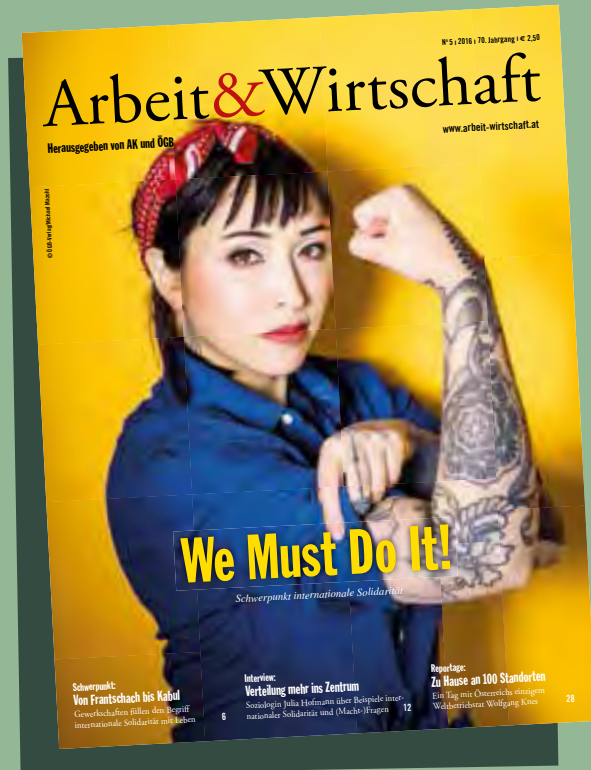
Ort

Datum, Unterschrift



Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB



Die A&W auf allen Kanälen

Arbeitswelt · Wirtschaft · Politik · Hintergründe · Debatten · Fakten



A&W Zeitschrift
arbeit-wirtschaft.at



A&W Website
arbeit-wirtschaft.at



A&W Blog
blog.arbeit-wirtschaft.at



@twitter
twitter.com/AundW



@facebook
facebook.com/arbeit.wirtschaft



A&W App
arbeit-wirtschaft.at/app

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW